

# HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

---

## **Jahresbericht 1990**

Heft 53

Hamburg, Januar 1991

Ai  
41x1  
90.

Institut für Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik - IFSH -  
an der Universität Hamburg  
- Bibliothek -

22587 Hamburg · Falkenstein 1

94.240

## IMPRESSUM

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg besteht seit dem Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen". Im Sinne dieser Aufgaben gibt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik heraus.

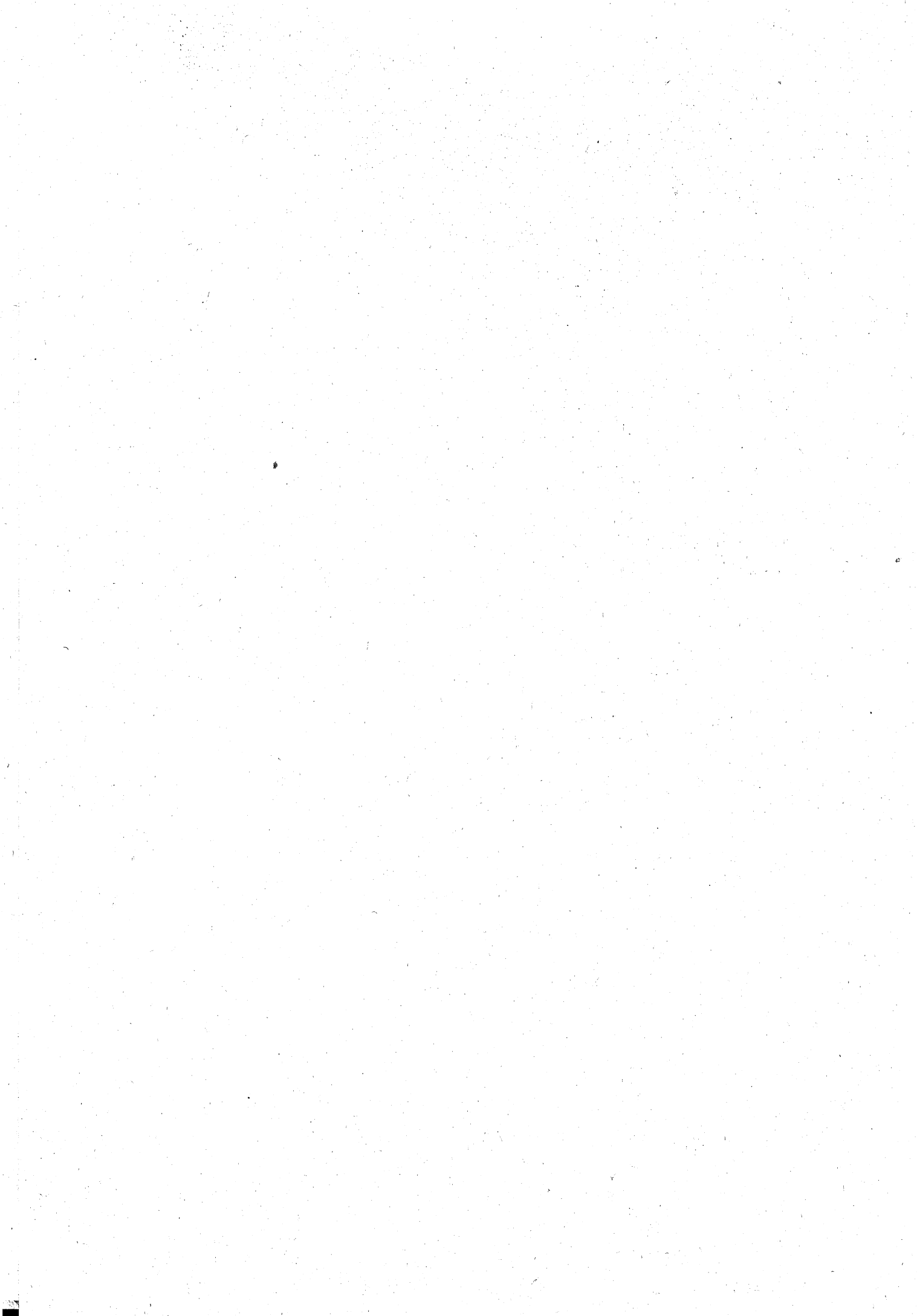
Die Hamburger Beiträge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die entsprechenden Autoren verantwortlich.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen sind zu richten an:

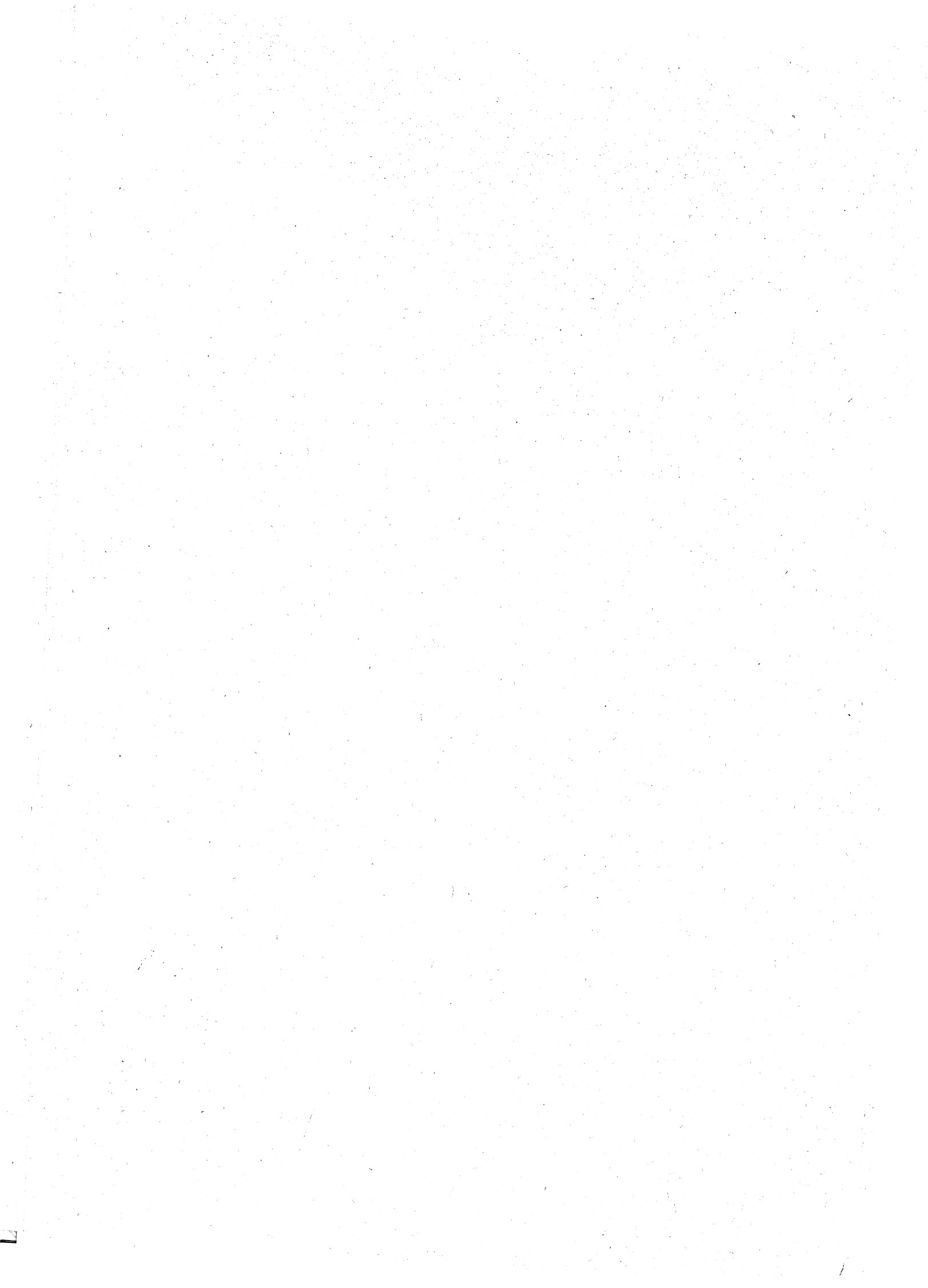
Institut für Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg  
Falkenstein 1  
D - 2000 Hamburg 55  
Tel.: 040 / 86 90 54 - 56

ISSN 0936 - 0018    ISSN 0936 - 0026





<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
1. Vorwort	7
2. Zur Arbeit des IFSH 1990	9
2.1 Anhörung "Neue Europäische Friedensordnung"	11
2.2 Arbeitsschwerpunkt Sowjetunion/Osteuropa	15
2.3 Friedensgutachten 1990	18
2.4 Öffentlichkeitsarbeit	19
2.5 Die Arbeit der Pädagogin	21
2.6 Lehrtätigkeit	23
2.7 Personalien	24
2.8 Drittmittel und sonstige Finanzierungen	27
2.9 Sonstiges	28
3. Projekte	31
4. Veröffentlichungen	78
5. Anhang	93
5.1 Reihenübersicht	93
5.2 Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaftler und internationale Sicherheit"	99
5.3 Kontakte des IFSH (eine Auswahl)	101
5.4 Resonanz auf die Arbeit des IFSH	104



## 1. Vorwort

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) wurde im Sommer 1971 als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der jeweilige Wissenschaftliche Direktor. Ihm zur Seite steht der Stellvertretende Wissenschaftliche Direktor.

Das Themenspektrum der Friedensforschung ist außerordentlich breit. Es findet in der Satzung des IFSH und im Namen des Instituts insofern eine Einschränkung, als der Schwerpunkt der Institutsarbeit bei friedenswissenschaftlichen Fragestellungen mit sicherheitspolitischen Bezügen liegen soll. Entsprechend standen im Mittelpunkt der Institutsprojekte der letzten Jahre Probleme der militärischen Kräfteverhältnisse und der Kooperativen Rüstungssteuerung (arms control), Themen wie Rüstungsdynamik, Kriegsgefahr und Rüstungskonversion, die Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen und nach Wegen der Überwindung der Blöcke.

Seit 1985 arbeitet ein Teil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts vorrangig an einer Konkretisierung des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit. In den vergangenen Jahren gehörten hierzu Fragen der "Konventionellen Stabilität" und der "Strukturellen Angriffsunfähigkeit" unter besonderer Berücksichtigung auch der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE). Seit 1989 beteiligt sich das IFSH mit ersten Analysen an der Diskussion der revolutionären Umbrüche in den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation. Die Diskussion über die Auswirkungen eben dieser Umbrüche auf den Forschungsgegenstand der Friedensforschung selbst wird am IFSH seit 1990 geführt.

Die Ergebnisse der Institutsarbeit werden in einer Vielzahl von Schriften publiziert. Das IFSH selbst gibt zwei Reihen heraus: Die "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" richten sich eher

an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" sind dagegen für eine breitere Öffentlichkeit gedacht. Die Veröffentlichungen beider Reihen sind - soweit vorrätig - kostenlos erhältlich.

Die Ergebnisse des Instituts werden jedoch nicht nur schriftlich vorgelegt. Das IFSH bemüht sich vielmehr durch ständige Kooperation und eine Vielzahl von Diskussionen sowie über verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur um die Vermittlung seiner Ergebnisse an andere in- und ausländische Institute und Fachexperten, sondern auch um ihre Umsetzung in Politik, Exekutive, Medien und Bildungseinrichtungen. Daneben nehmen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Instituts in ständiger Lehrtätigkeit seit 1971 Lehraufträge an der Universität Hamburg und anderen Hochschulen wahr.

Zu den Serviceleistungen für die Öffentlichkeit gehören ferner die Bibliothek und die Dokumentation des Instituts. Beide sind öffentlich zugänglich. In ihnen stehen ca. 15.000 Bände, ca. 150 laufend geführte Zeitschriften und das ausgewertete Material aus etwa zwei Dutzend in- und ausländischen Zeitungen sowie Presse- und Informationsdiensten zur Verfügung. Ein Schlagwortkatalog erleichtert nicht nur die wissenschaftliche Arbeit am Institut, sondern dient auch als Hilfe, um die zahlreichen Anfragen an das IFSH aus allen gesellschaftlichen Bereichen sachgerecht beantworten zu können.

Am IFSH sind in der Regel etwa 30 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig, darunter ausländische Fellows, abgeordnete Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung sowie Beamte des Auswärtigen Amtes und Pädagogen der Schulbehörde. Wie bereits diese Aufzählung zeigt, findet das Institut Hilfe und Unterstützung bei einer Vielzahl von Personen und Institutionen. Die Hauptlast der Finanzierung ruht aber zweifelsohne bei der Stiftungsträgerin, der Freien und Hansestadt Hamburg. Ihr, bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern, gilt deshalb unser besonderer Dank.

Hamburg, Dezember 1990

Egon Bahr / Dieter S. Lutz

## 2. Zur Arbeit des IFSH 1990

Auch und gerade in Zeiten revolutionärer Umbrüche bleibt die Einsicht gültig, daß Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander und gemeinsam zu haben ist. Zurecht standen deshalb auch im Jahre 1990 im Mittelpunkt der Institutsarbeit Forschungsprojekte, aber auch eine Reihe weiterer Aktivitäten zum Thema "Gemeinsame Sicherheit" und den damit verbundenen Folgefragen operativer Umsetzung.

Was Gemeinsame Sicherheit meint, ist bereits in den vorausgegangenen Jahresberichten ausführlich dargelegt worden (vgl. z.B. Jahresbericht 1988, S. 3ff). Die Forschungsprojekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Institutes werden ferner im einzelnen im Abschn. 3 aufgeführt; die Ergebnisse der Forschungsprojekte in Form von Veröffentlichungen werden in Abschn. 4 und 5.1 aufgelistet. Die Breite der Tätigkeiten und Initiativen, aber auch die Unterschiedlichkeit der Kooperationsbeziehungen und Adressatenkreise, die das Institut mit seiner Arbeit bzw. seinen Arbeitsergebnissen zu erreichen sucht, werden in den Abschnitten 2.1 ff und im Anhang illustriert.

Ist es richtig, daß Gemeinsame Sicherheit Wegweiserfunktion auch in Zeiten revolutionärer Umbrüche besitzt, so ist gerade eine praxisorientierte Wissenschaft wie die Friedensforschung gefordert, auch zu den aktuellen Ereignissen Stellung zu beziehen: Zu den Prozessen, die 1990 die internationale Politik in Atem hielten, gehörten insbesondere die Überwindung der Spaltung Europas, die Beseitigung der deutschen Zweistaatlichkeit sowie das Problem der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität Kuwaits. Wo die osteuropäischen Nationen, die sich kommunistischer Einparteiendiktaturen entledigt haben, ihren Platz im Europa der Zukunft finden werden, kann derzeit nicht abgesehen werden. Die Entscheidung für ein staatlich geeintes Deutschland ist 1990 dagegen gefallen. Auch die Einmütigkeit, mit der die internationale Gemeinschaft den Überfall Kuwaits verurteilt und Sanktionsmaßnahmen gegen den Aggressor ergriffen hat, kann als Novum für das Jahr 1990 verbucht werden.

Das IFSH hat - über die dargelegte Kontinuität seiner Arbeit hinaus - versucht, diesen und ähnlichen Entwicklungen in ersten Diskussionen und Analysen gerecht zu werden. Die Durchführung einer gemeinsamen Austausch-Ringvorlesung mit der Humboldt-Universität zu Berlin zu den "Perspektiven des deutschen Vereinigungsprozesses" oder Veröffentlichungen wie die Hefte 43ff der "Hamburger Beiträge" und die Ausgaben Nr. 9 und 10 der "Hamburger Informationen" (vgl. Abschn. 5.1) sind erste Ergebnisse dieser Diskussionen.

Sicher wird die veränderte Lage auch Konsequenzen für die Forschung des IFSH haben. Eine Auswirkung liegt in der Entscheidung für den Ausbau der Arbeitskapazitäten mit Blick auf die Sowjetunion und Osteuropa (vgl. Abschn. 2.2). Weitere Entscheidungshilfen erwartet das IFSH von der Auswertung zweier Symposien, die das Institut in Form von Anhörungen mit hochrangigen Experten aus dem In- und Ausland Ende 1990 durchgeführt hat (vgl. den folgenden Abschn. 2.1).

## **2.1 Anhörung "Neue Europäische Friedensordnung" am 15. November und 11. Dezember 1990**

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg führte am 15. November und 11. Dezember 1990 jeweils ein nationales und internationales Kolloquium zum Thema Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung durch. Ziel der Veranstaltungen war es u.a., durch die Anhörung hochrangiger Experten aus Politik, Politikberatung und Wissenschaft Entscheidungshilfen für die zukünftigen Schwerpunktbildungen des IFSH zu gewinnen.

Der Ertrag beider Veranstaltungen wird nach Auswertung zu einem späteren Zeitpunkt publiziert. Veröffentlicht werden auch die Antworten der Experten auf den nachfolgenden Fragenkatalog des IFSH.

### **Fragenkatalog**

#### *Sicherheitspolitische Probleme*

Welche künftigen sicherheitspolitischen Probleme, Bedrohungen und grenzüberschreitende Gefährdungen militärischer, wirtschaftlicher und ökologischer Natur zeichnen sich für Europa ab? Mit welchen Instrumenten, Strategien und (vorsorglichen) Maßnahmen könnte/sollte ihnen begegnet werden? Welche international abgestimmten bzw. gemeinsamen Vorgehensweisen empfehlen sich zur Problembewältigung? Welcher institutionalisierte organisatorische Unterbau ist dazu vonnöten?

#### *Abrüstungspolitik*

Welches sind die in naher Zukunft anfallenden und zu lösenden dringlichen Probleme europäischer Sicherheit, insbesondere auf dem Feld der Abrüstungspolitik (VKSE I, II usw.; nukleare Kurzstreckenwaffen)? In welche Richtung sollte dieser Prozeß gehen, um militärische Bedrohungen und Bedrohungsperzeptionen soweit wie möglich zu beseitigen? Welche Schritte wären hierzu erforderlich? An welchen Kriterien sollten sich Abrüstungsmaßnahmen daher bevorzugt orientieren, insbesondere den Abbau potentieller Offensivfähigkeiten betreffend?

### *Europäische Sicherheitsordnung*

Wie sollte auf dem Weg zu einer Neuen Europäischen Friedensordnung der Zukunft eine enger gefaßte Europäische Sicherheitsordnung der Zukunft aussehen? Würde es sich empfehlen, diese Sicherheitsordnung auf einem Europäischen System Kollektiver Sicherheit aufzubauen? Wenn ja, wie wären - unter Berücksichtigung der historischen Erfahrungen mit Ansätzen der Kollektiven Sicherheit - die in diesem Zusammenhang anfallenden Fragen zu beantworten:

- a) Teilnehmerkreis (insbes. Rolle der Supermächte);
- b) Organisation und Organe des Systems Kollektiver Sicherheit (SKS);
- c) Kompetenzen des SKS;
- d) Entscheidungsfindungsmechanismen;
- e) Machtmittel des SKS, insbesondere ökonomischer und militärischer Art (supranationale Systemstreitkraft, nationale Streitkräfte und deren - angriffsunfähige - Ausgestaltung usw.)?

Welchen Beitrag könnte insbesondere das künftige Gesamtdeutschland zu diesem System leisten? Wie sollten unter diesen Zielbestimmungen seine Streitkräfte (qualitativ) gestaltet sein? Inwiefern könnte man bereits bestehende Institutionen und Organisationen europäischer bzw. europäisch-amerikanischer Zusammenarbeit zum Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsordnung nutzen bzw. welches ist die künftige Rolle von NATO, EG, KSZE?

### *Europäische Friedensordnung*

Wie und in welcher Gestalt könnte eine über den engeren Bereich der Sicherheitskooperation hinausweisende Europäische Friedensordnung etabliert werden?

Bietet sich ein Modell politischer Integration mit der Zielperspektive einer (Gesamt-) "Europäischen Politischen Union" bzw. von "Vereinigten Staaten von Europa" an?

Wenn ja, welchen Intensitätsgrad sollte der Integrationsprozeß erreichen (Konföderation, Föderation) und welche Staaten sollten beteiligt sein? Wo wäre in diesem Zusammenhang der Standort der Sowjetunion?



Könnte man die (sich dann sukzessive erweiternde) EG als Kristallisationskern eines solchen Modells ansehen oder bedarf es des Entwurfs eines neuen Integrationsmodells?

### *Drittweltproblematik*

Welche Konsequenzen ergeben sich aus einer den Ost-West-Konflikt überwindenden Errichtung einer europäischen (Friedens- und) Sicherheitsordnung für die Staaten der Dritten Welt, die in diesen Konflikt nicht mehr hineingezogen werden können? Zeichnen sich eher Vorteile im Gefolge einer koordinierten und durch das Freiwerden von Mitteln (Abrüstung) forcierten Kooperations- und Entwicklungspolitik ab, oder müßten eher negative Konsequenzen erwartet werden, z.B. aufgrund der Gefahr eines nunmehr einheitlich konfrontativen oder zumindest rücksichtslosen Vorgehens des "Nordens" gegen den "Süden"? Wie kann auf möglichst zivile Art und Weise mit Drittweltkonflikten umgegangen werden, die die Interessen der industrialisierten Länder des "Nordens" berühren (siehe derzeit die Aktivitäten Iraks und die internationale Reaktion)?

### **Teilnehmer am nationalen Kolloquium (15.11.1990)**

Dr. Horst Afheldt

General a.D. Wolfgang Altenburg

Prof. Egon Bahr, MdB

Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Oberst i.G. Wolf-Eberhard von dem Hagen

Prof. Dr. Knut Ipsen

Prof. Dr. sc. Dieter Klein

Dr. sc. Bernd P. Löwe

Dr. Dieter S. Lutz

Dr. Klaus Mehrens

Dr. Martin Müller

Erhard Pumm, DGB

Christa Rantzio-Plath, MdE

Prof. Dr. Dieter Senghaas

Prof. Dr. Kurt P. Tudyka

Oberst i.G. Hans-Joachim Maehl

## **Teilnehmer am internationalen Kolloquium (11.12.1990)**

Prof. Egon Bahr,  
Alain Carton,  
Prof. Dr. Marian Dobrosielski,  
Prof. Dr. Theodor Leuenberger,  
Jingqin Liu,  
Dr. Dieter S. Lutz,  
Prof. Dr. Jiri Matousek,  
Dr. Klaus Mehrens,  
Dr. Ann L. Phillips,  
Generalmajor Dr. Klaus Reinhardt,  
Erhardt Pumm,  
Prof. Dr. Max Schmidt,  
Dr. Alexej N. Sidorov,  
Prof. Dr. Zinner

Während beider Kolloquien standen im Schwerpunkt der Veranstaltungen die Analysen der zukünftigen Probleme, Herausforderungen und Risiken Europäischer Sicherheitspolitik und ihre Rückkopplung zu globalen Problemen. Man war sich weitgehend einig, daß die zukünftigen Herausforderungen in Europa im ökonomischen, ökologischen und sozialen Bereich liegen. Die Frage nach den Konzepten, mit denen man auf diese Analyseergebnisse reagieren soll, waren noch sehr unterschiedlich, doch im Trend auch wieder einheitlich. Der Trend läßt sich mit den Begriffen Integration und Kollektivität umschreiben.

Ein weiteres Kolloquium zur künftigen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa wird voraussichtlich Mitte 1991 stattfinden.

## 2.2 Arbeitsschwerpunkt Sowjetunion/Osteuropa

Die Sicherheit Europas wird entscheidend mitbestimmt werden durch den Verlauf der Reformbestrebungen in Ostmitteleuropa und insbesondere in der Sowjetunion. Die zentrale Aufgabe europäischer Friedenspolitik liegt künftig in der politischen und ökonomischen Stabilisierung und Einbindung der Sowjetunion in einen gesamteuropäischen Kooperations- und Integrationsprozeß. Gerade wegen der damit verbundenen Problemvielfalt und -komplexität gilt es umso mehr, intensive wissenschaftliche Analysen der Bedingungen, Möglichkeiten und Wege anzustellen, die diese Entwicklung fördern. Dieser akuten Problemrelevanz Rechnung tragend, hat das IFSH mit dem Aufbau des neuen Forschungsschwerpunktes "Sowjetunion und Europäische Sicherheit" begonnen. Die dafür eingerichtete und von Dr. Ehrhart geleitete "Arbeitsgruppe Sowjetunion und Europäische Sicherheit" (ASES) hat zum einen die Aufgabe, sicherheitspolitisch relevante Entwicklungen in der Sowjetunion und in Ostmitteleuropa und ihre Wechselwirkungen mit west- bzw. gesamteuropäischen Kooperations- bzw. Integrationszusammenhängen im Hinblick auf eine künftige europäische Friedensordnung zu untersuchen. Zum anderen soll dieser Forschungsprozeß begleitet werden durch den Ausbau der Kooperationsbeziehungen mit sowjetischen und ostmitteleuropäischen Forschungsinstituten.

In diesem Sinne unterzeichneten der stellvertretende wissenschaftliche Direktor des IFSH, Dr. Dieter S. Lutz, und der stellvertretende Direktor des Europa-Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Dr. Eugeni G. Mironenkow, im März 1990 ein Memorandum of Understanding. Darin wurde die Zusammenarbeit zwischen beiden Instituten in folgenden Bereichen festgeschrieben: Publikationsaustausch, Projektforschung, Austausch von Wissenschaftlern. Auf der Grundlage dieses Kooperationsabkommens lud das IFSH zwei Wissenschaftler des Europa-Instituts zu einem je sechswöchigen Forschungsaufenthalt in Hamburg ein. Im Gegenzug werden 1991 zwei IFSH-MitarbeiterInnen nach Moskau eingeladen werden.

Als erstes empfing das IFSH Dr. Vladimir Below, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europa-Institut, als Research-Fellow. Er arbeitete vom

20. Mai bis zum 15. Juli am IFSH. Während dieser Zeit befaßte sich Dr. Below mit dem Thema: "Der Prozeß der deutschen Vereinigung und die wirtschaftliche Sicherheit der Sowjetunion". In dieser Untersuchung arbeitete der Autor die angesichts des politischen und ökonomischen Systemwechsels in der DDR bzw. der deutschen Vereinigung entstandenen wirtschaftlichen Folgen für die UdSSR und ihre spezifische Interessenlage auf drei Ebenen heraus: UdSSR - BRD, UdSSR - DDR/Ostdeutschland, UdSSR - EG.

Vom 18. September bis zum 31. Oktober arbeitete Dr. Vladimir Schtykow, Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen im Europa-Institut, als Research-Fellow am IFSH. Er arbeitete zum Thema: "Europa nach der Vereinigung. Zur Europa-Politik der UdSSR." Im Mittelpunkt seiner Überlegungen standen die Bedingungen und Prinzipien künftiger europäischer Kooperations- und Integrationsprozesse. Rekurrierend auf die veränderte Politik und Interessenlage der UdSSR reflektierte Dr. Schtykow ferner über die Voraussetzungen für militärische und politische Stabilität im Hinblick auf die Schaffung einer "konstruktiven Sicherheitsordnung" für Europa.

Als weiteren osteuropäischen Research-Fellow hatte das IFSH vom 3. September bis zum 31. Oktober 1990 Dr. Tschadwar Palawew, Wissenschaftler am Institute for Contemporary Social Studies in Sofia und Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates Bulgariens, zu Gast. Während seines Forschungsaufenthalts befaßte sich Herr Palawew mit Fragen der europäischen Sicherheit unter besonderer Berücksichtigung des südosteuropäischen Raumes. In seiner Studie mit dem Titel "Bleibt der Balkan das Pulverfaß Europas? - Ein bulgarischer Standpunkt" analysierte er zunächst die sich gerade im südosteuropäischen Raum entwickelnden Gefahrenpotentiale für die europäische Sicherheit, um schließlich erste Regelungsschritte zu skizzieren und in ein die Rolle der EG und der KSZE betonendes Modell europäischer Sicherheit zu überführen.

Außer den Research-Fellows empfing das IFSH im Rahmen seines neuen Forschungsschwerpunktes folgende osteuropäische Gäste zu Vorträgen und/oder Gesprächen: Sergei Pouzanov, Wissenschaftler im Institut für USA- und Kanada-Studien der Akademie der Wissenschaften

der UdSSR; Frau Dr. L.N. Vlovichenko, Moskau State Institute of International Relations of the Ministry of Foreign Affairs of the USA; Alexander Bolotin, Member of Editorial Board der Zeitschrift Ogoniok, Moskau; Dr. Alexey N. Sidorov, Wissenschaftler an der Diplomatenaakademie des Außenministeriums der UdSSR; Dr. W. Maslow, Koordinator der SINEE-Bewegung Moskau; Dr. Emil G. Mintshev, Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen und Außenpolitik der Akademie der Wissenschaften Bulgariens, Sofia; Dr. Jiri Matousek, Forschungszentrum für Frieden und Abrüstung der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Brno.

## 2.3 Friedensgutachten 1990

Die Arbeit am Friedensgutachten 1990 stand ganz im Zeichen des osteuropäischen Umbruchs. In den Monaten zwischen der ersten Themenplanung (November 1989) und der Vorstellung des Buches in der Bonner Bundespressekonferenz (August 1990) stürzten die Pfeiler der europäischen Konfliktstruktur zusammen. Elastisches Reagieren auf sich überschlagende Entwicklungen und fortwährendes Umschreiben der Manuskripte waren nötig. Im Ergebnis gelang beides: die aktuellen Sachstände bis Mitte Juli zu erfassen, ohne auf eine gewichtende und bewertende Zusammenschau der Vorgänge zu verzichten.

Das Friedensgutachten 1990 spiegelt den Epochenwechsel im Berichtsjahr, das, wie es im Votum der Institutsdirektoren heißt, "eines der dichtesten der Weltgeschichte" war. Über dem Frieden in der nördlichen Erdhälfte lastet nicht länger die Feindschaft zwischen West und Ost. Risikoärmere Formen der Sicherheitsvorsorge zeichnen sich ab, die neue, bisher unerprobte Verfahren und Institutionen erfordern. Andererseits nehmen im südlichen Teil der Welt ökonomische, ökologische und militärische Gefährdungen an Schärfe zu.

Den analytischen Ertrag des Friedensgutachtens präsentieren 19 Einzelstudien. Der Band ist wiederum als Gemeinschaftsarbeit zwischen dem IFSH und den beiden anderen deutschen Friedensforschungsinstituten in Frankfurt (HSFK) und Heidelberg (FEST) entstanden. Erstmals wurde ein Verlag (LIT in Münster) mit der Herstellung und dem Vertrieb des Jahrbuches betraut. Diese Entscheidung entlastet die beteiligten Institute, ohne den niedrigen Ladenverkaufspreis der 300-Seiten-Publikation von 15 Mark zu erhöhen.

## 2.4 Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeitern des IFSH

Die Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeitern des IFSH besteht neben Veröffentlichungen im wesentlichen aus mündlichen Aktivitäten, wie Vorträgen, Diskussionsbeiträgen und Interviews. Nach groben Schwerpunkten aufgelistet, gibt die folgende Tabelle diese Tätigkeiten im quantitativen Zugriff wieder.

Themenschwerpunkte	Vorträge	Podiumsdiskussionen	Tagungen	Interviews	Gesamt
Aktuelle sicherheitspolitische Fragen	28	7	21	29	85
Friedenserziehung	1	-	1	4	6
Friedensforschung IFSH	7	-	6	4	17
Sicherheitspolitische Alternativen zur Abschreckung	10	3	11	6	30
Sicherheitspolitik im Ost-West-Konflikt	22	1	19	4	46
Sonstiges	7	-	9	-	16
<b>Gesamt</b>	<b>75</b>	<b>11</b>	<b>67</b>	<b>47</b>	<b>200</b>

Im Vergleich zum vergangenen Jahr ist eine Steigerung der Außenaktivitäten der Institutsmitarbeiter um fast 90 Prozent zu verzeichnen (Gesamtzahl 1989: 111). Zurückzuführen ist dies auf die politischen Umbrüche im vergangenen Jahr, durch welche die Institutsarbeit verstärkt in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gestellt wurde. Trotz großer Bemühungen der Mitarbeiter mußte in diesem Jahr mancher Vortragswunsch unerfüllt bleiben, da die personellen Ressourcen des Instituts angesichts der großen Nachfrage bald ihre Grenzen fanden.

Eine immer größere Rolle spielen die Besuche ausländischer Delegationen. Stellvertretend für viele seien hier nur der Besuch des ehemaligen honduranischen Präsidenten und Friedensnobelpreisträgers, Dr. Oscar Arias, und der einer hochrangigen chilenischen Delegation genannt. Beim Besuch der chilenischen Delegation nahm der Gründungsdirektor des IFSH, Wolf Graf von Baudissin, die Gelegenheit wahr, über das Konzept der "Inneren Führung der Bundeswehr" zu informieren.



## 2.5 Die Arbeit der Pädagogin am IFSH 1990

Eine der Satzungsaufgaben des IFSH besteht in der Vermittlung seiner Arbeitsergebnisse an die Öffentlichkeit. Im Jahre 1990 arbeitete eine Lehrerin, vom Amt für Schule an das IFSH abgeordnet, am Institut. Derart personell verstärkt konnte das Institut dem Wunsch der Schulen und anderer Bildungseinrichtungen nach pädagogisch aufbereiteter Information aus der Friedensforschung und Sicherheitspolitik nachkommen.

Die pädagogische Vermittlungsarbeit der abgeordneten Lehrerin wies 1990 drei Schwerpunkte auf:

### *1. Veranstaltungen*

Als erster Schwerpunkt der pädagogischen Vermittlungsarbeit sind schulische und außerschulische Veranstaltungen zu nennen: Die Pädagogin informierte Schülergruppen aus der Studienstufe des Gymnasiums und Teilnehmer außerschulischer Seminare der politischen Bildung über Stand und Probleme der aktuellen Sicherheitspolitik und Probleme aus der Friedensforschung. Besonderes Interesse bestand an Konzepten einer neuen europäischen Friedensordnung nach Ende des Ost-West-Konflikts.

### *2. Lehrerfortbildung*

In der Mitwirkung an den einjährigen Weiterbildungsseminaren des Institutes für Lehrerfortbildung in den Fächern Gemeinschaftskunde und Geschichte (Zeitgeschichte) bestand der zweite Schwerpunkt der pädagogischen Vermittlungsarbeit. Auch hier stand die politische Neuordnung Europas im Vordergrund des Interesses. Die Lehrer, die an diesen Veranstaltungen teilnahmen, kamen aus dem Gymnasial-, Gesamtschul- und Berufsschulbereich.

### *3. Schriftliche Materialien*

Zum Thema "Gemeinsame Sicherheit" erschien ein zweibändiges Unterrichtsmodell, das in erster Linie im Gemeinschaftskundeunterricht der Studienstufe Verwendung finden dürfte.

Die Reihe "Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" wurde mit einem Beitrag und Materialien zum Thema "Baupläne für Europa. Institutionen europäischer Sicherheit in den 90er Jahren" fortgesetzt.

## 2.6 Lehrtätigkeit von Mitarbeitern des IFSH

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts führten die folgenden Lehrveranstaltungen durch:

### *Wintersemester 1989/90:*

1. Universität Hamburg  
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
2. Universität Tübingen:  
Fachbereich Politikwissenschaft: Seminar Militärregime in der Dritten Welt (Claudia Schmid)

### *Sommersemester 1990:*

1. Universität Hamburg  
Fachbereich Physik: Seminar "Physik, Rüstung und Internationale Sicherheit" (Otfried Ischebeck)
2. Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
3. Humboldt-Universität zu Berlin: "Gemeinsame Sicherheit - Universitäten im Friedensdialog (Teil 5)" (Egon Bahr, Dieter S. Lutz)

### *Wintersemester 1990/91:*

1. Universität Hamburg:  
Fachbereich Psychologie, Sozialpsychologie: Seminar "Feindbilder oder Empathie" (Hanne-Margret Birckenbach)
2. Fachbereich Physik: Seminar "Physik, Rüstung und Internationale Sicherheit" (Otfried Ischebeck)
3. Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)

## 2.7 Personalia

Im Jahr 1990 wurden am IFSH eine Referentin, zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, eine wissenschaftliche Hilfskraft und fünf nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen eingestellt. Es verließen das IFSH in dem gleichen Zeitraum ein wissenschaftlicher Mitarbeiter, eine wissenschaftliche Hilfskraft und fünf nichtwissenschaftliche Mitarbeiter. Über das Jahr wurden insgesamt sechs ausländische Fellows beschäftigt.

Im Dezember 1990 arbeiteten am IFSH der Direktor, der stellvertretende Direktor, sieben wissenschaftliche Referenten, sechs wissenschaftliche Mitarbeiter, zwei abgeordnete Beamte, zwei wissenschaftliche Hilfskräfte sowie neun nichtwissenschaftliche Mitarbeiter.

### *Institutsangehörige:*

#### *Institutsleitung:*

Wiss. Direktor: Prof. Egon Bahr  
Stv. Wiss. Direktor: Dr. Dieter S. Lutz

#### *Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:*

Matthias Bartke  
Dr. Hanne-Margret Birckenbach  
Dr. Hans-Georg Ehrhart  
Dr. Erwin Müller  
Dr. Reinhard Mutz  
Götz Neuneck  
Claudia Schmid

#### *Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter:*

Lothar Gutjahr  
Thorsten Görrissen  
Hans Krech

Birgit Kreikemeyer  
Ursel Schlichting  
Jörg Wallner

*Abgeordnete Pädagogin:*

Margret Johannsen-Seidemann

*Abgeordneter der Streitkräfte:*

Major Roland Kaestner

*Mitarbeiter der interdisziplinären Arbeitsgruppe  
"Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit":*

Stefan Garnatz  
Otfried Ischebeck  
Sönke Richardsen

*Fellows:*

Vladimir Below  
Jaromir Cekota  
Bhupendra Jasani  
Michael Lucas  
Tschawdar Palaweew  
Vladimir Schtykow  
Bernd-Dieter Starke

*Wissenschaftliche Hilfskräfte:*

Heike Kopmann  
Matthias Martin

*Studentische Hilfskräfte:*

Stefanie Halle

Thorsten Herberger  
Ralph Niemeyer

*Sekretärinnen:*

Anke Kuhn  
Heike Maurer  
Gabriele Mayring  
Heinke Peters

*Bibliothek:*

Susanne Bund

*Dokumentation:*

Dagmar Otto

*Verwaltung:*

Heidemarie Bruns

Das IFSH hat hierüber hinaus im Berichtsjahr wiederholt die Praktikumsbetreuung für Interessenten aus unterschiedlichen Bereichen übernommen. Sieben Studenten absolvierten ein Praktikum am Institut. Hiervon waren drei Studenten der Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin, einer an der Universität Trier und einer an der Universität Münster. Ferner befanden sich darunter ein Student der Verwaltungswissenschaften der Universität Konstanz und ein Rechtsreferendar der Universität Hamburg.

## 2.8 Drittmittel und sonstige Finanzierung

Das IFSH bemüht sich - über die Jahre hinweg beständig - um die Finanzierung von Mitarbeitern und Projekten außerhalb des regulären Institutsetats. Im Berichtszeitraum haben acht Mitarbeiter/innen ihre Tätigkeit am IFSH über Fremdfinanzierung aufnehmen bzw. fortführen können:

- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG): 1 Wiss. Mitarbeiter, 1 stud. Hilfskraft
- VW-Stiftung: 2 Wiss. Mitarbeiter (Stipendiaten)
- Friedrich-Ebert-Stiftung: 1 bulgarischer Fellow
- Bundesverteidigungsministerium: 1 abgeordneter Offizier
- Schulbehörde: 1 abgeordnete Lehrerin
- Bundesbildungsministerium: 1 wiss. Mitarbeiter ("Wiedereingliederungshilfe")

Ferner wurden eine Tagung mit dem IPW/DDR sowie die Austauschvorlesung mit der Humboldt-Universität zu Berlin/DDR über das Kulturabkommen und die beiden Anhörungen hochrangiger Experten zum Thema "Europäische Friedensordnung" vom DGB mitfinanziert.

1990 hat das IFSH bei der Volkswagen-Stiftung einen Forschungsförderungsantrag zum Thema "Sicherheit durch gesamteuropäische Integration: Welche Perspektiven hat die Sowjetunion?" sowie einen Antrag zur Förderung einer Tagung zum Thema "Sicherheitspolitik in der Dritten Welt nach der Auflösung des Ost-West-Konfliktes: Globalisierung versus Regionalisierung?" gestellt. Ein weiteres Vorhaben, das aus dem sog. "Kooperationsfond" der FHH finanziert werden soll, wurde mittlerweile für 1991 genehmigt. Das Projekt wird sich mit der aktuellen Problematik der Rüstungskonversion befassen.

## 2.9 Sonstiges

Der Buchbestand der *Bibliothek* wurde 1990 um 819 Bände auf insgesamt 15.185 Bücher erhöht. Zur Zeit werden 151 Zeitschriften fortlaufend gehalten. Arbeiten am Aufbau des Schlagwortkatalogs wurden fortgeführt, darüber hinaus erstellte die Bibliothekarin Auswahlbibliographien zu aktuellen Themenbereichen des IFSH.

In der *Dokumentation*, die seit 1981 nach einer Systematik mit 16 Haupt- und inzwischen ca. 160 Unterkategorien geführt wird, werden 12 Tages- und Wochenzeitungen ausgewertet. Aus dem 'Article Alert Service', des Amerika-Hauses werden Veröffentlichungen amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften ausgewählt und ebenfalls in die Systematik des IFSH eingearbeitet. Darüber hinaus werden 12 regelmäßig erscheinende Presse- und Informationsdienste von Ministerien, Botschaften sowie Publikationen anderer offizieller und inoffizieller Stellen archiviert.

Das *Kuratorium* des IFSH tagte im Berichtszeitraum zweimal. Es setzt sich derzeit aus folgenden Mitgliedern zusammen (Stand 31.12.1990):

Staatsrat Hinrich Budelmann  
Behörde für Wissenschaft und Forschung  
- Hochschulamt -  
(Vorsitzender)

Prof. Dr. Gunnar Andersson-Lindström  
Institut für Experimentalphysik

Dr. Johannes Bastian  
Fachbereich Erziehungswissenschaften

Helmut Bilstein  
Staatsrat a.D.  
SPD-Hamburg

Dr. Hartmut Delmas  
Fachbereich Sprachwissenschaften



Dr. Peter Fischer-Appelt  
Präsident der Universität Hamburg

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Gantzel  
Institut für Politische Wissenschaft

Frau Margret Hauch  
Frauenfraktion in der Hamburger Bürgerschaft

Prof. Dr. Heinz Renn  
Institut für Soziologie

Dr. Martin Müller  
CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft

Matthias Köhler  
(Studentenvertreter)

Der *Wissenschaftliche Beirat* traf sich im Berichtszeitraum zu einer Sitzung. Er setzte sich 1990 zusammen aus:

Prof. Dr. Vojin Dimitrijevic  
Universität Belgrad  
Belgrad

Prof. Dr. Theodor Leuenberger  
St. Gallen

Prof. Dr. Egbert Boeker  
Free University  
Naturkundig Laboratorium de Boelelaan  
Amsterdam

Prof. Dr. Marian Dobrosielski  
Polnisches Institut für Internationale  
Angelegenheiten  
Warschau

Prof. Dr. Max Schmidt  
Berlin

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr  
Werner-Heisenberg-Institut für Physik  
München

Der *Institutsrat* trat im Berichtszeitraum zu 7 Sitzungen zusammen.

### 3. Projekte der Mitarbeiter

*Egon Bahr/Dieter S. Lutz*

- Gemeinsame Sicherheit

*Matthias Bartke*

- Rechtsgrenzen des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr

*Hanne-Margret Birckenbach*

- Sozialpsychologische Aspekte sicherheits- und friedenspolitischer Alternativen

*Jaromir Cekota*

- Zur Politischen Ökonomie der Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Produktion ziviler Güter: Eine vergleichende (Ost-West) Analyse

*Hans-Georg Ehrhart*

- Sicherheit durch gesamteuropäische Integration: Welche Perspektiven hat die Sowjetunion?

*Thorsten Görrissen*

- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung als Problem äußerer Sicherheit und Gegenstand internationaler Politik

*Lothar Gutjahr*

- Perspektiven einer Neuen Europäischen Friedensordnung in der politischen Diskussion Großbritanniens

*Otfried Ischebeck/Götz Neuneck*

- Die Entwicklung und Proliferation nicht-atomarer Trägersysteme mit großer Reichweite

*Bhupendra Jasani*

- European arms control verification from space

Institut für Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik (IFSH)  
an der Universität Hamburg

22587 Hamburg, Postfach 1

*Margret Johannsen*

- Die Rolle der Nuklearwaffen in Europa im Spiegel der Strategiediskussionen des amerikanischen Kongresses in den achtziger Jahren

*Roland Kaestner*

- Kriegsfolgenstudie konventioneller Kriegführung in Mitteleuropa

*Hans Krech*

- Gibt es eine Bedrohung der Sicherheit der westlichen Industriestaaten durch die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas?

*Birgit Kreikemeyer*

- Sowjetische Politik gegenüber Institutionen im gesamteuropäischen Integrationsprozeß (1985-1992)

*Michael R. Lucas*

- Die Rolle der KSZE während und nach dem Ende des Kalten Krieges

*Dieter S. Lutz/Jörg Wallner*

- Fernerkundung und europäische Friedenssicherung

*Mathias Martin*

- Gemeinsames Europäisches Haus und Europäische Friedensordnung

*Erwin Müller*

- Ein System Kollektiver Sicherheit (SKS) als Basis einer Neuen Europäischen Sicherheitsordnung

*Reinhard Mutz*

- Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung als Instrumente kollektiver Sicherheit

*Götz Neuneck*

- Rüstungsmodernisierung und neue Technologien

*Ursel Schlichting*

- Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion

*Claudia Schmid*

- Friedensstrategien für Regionalkonflikte in der Dritten Welt am Beispiel des Vorderen Orients

*Bernd-Dieter Starke*

- Der Friedensauftrag des Grundgesetzes

**Bearbeiter: Egon Bahr / Dieter S. Lutz**

**Projekt: Gemeinsame Sicherheit**

**Kurzbeschreibung:**

Spätestens Tschernobyl hat bewiesen, daß in einer Zeit, in der nicht nur die internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, sondern auch Gefahren und Krisen grenzüberschreitend wirken (Wirtschaftskrise, Umweltverschmutzung, radioaktive Folgen eines Atomkrieges etc.), Sicherheit nicht länger nur militärisch und vor allen Dingen nicht länger einseitig erlangt werden kann. Eigene Sicherheit muß vielmehr stets auch die Sicherheitsinteressen des Nachbarn und des Gegenübers berücksichtigen. Sicherheit ist nicht mehr gegen-, sondern nur noch miteinander zu haben. Die Alternativen sind das gemeinsame Überleben oder der gemeinsame Untergang.

Was bedeutet Gemeinsame Sicherheit im einzelnen? Was sind ihre Ziele, Definitionsmerkmale und Strukturelemente? Was sind ihre außermilitärischen, z.B. rechtlichen, ökonomischen oder psychologischen Bezüge? Und vor allen Dingen: Was sind ihre strategischen und militärischen Grundüberlegungen? Wie können sie in die Praxis umgesetzt werden?

In den vergangenen Jahren haben wir versucht, diese und ähnliche Fragen in fünf Sammelbänden und einer Reihe weiterer Veröffentlichungen zu beantworten. Im Berichtszeitraum hat uns insbesondere die letztgenannte Frage vor dem Hintergrund der revolutionären Umbrüche in der Sowjetunion und in Ost- und Südosteuropa beschäftigt. Ist es richtig, daß es zu Beginn der 90er Jahre den "Ostblock" als "Block" und "Feind" nicht mehr gibt, so bietet sich erstmals die Chance zur Realisierung des auch in der Logik Gemeinsamer Sicherheit liegenden Systems "Kollektiver Sicherheit". Ein solches regionales System Kollektiver Sicherheit findet sich im übrigen auch seit langem in einer Reihe von Verträgen und Rechtsnormen. Zu ihnen gehören die Art. 11 des Paktes der WVO, aber auch Art. 52 ff der Charta der Vereinten Nationen und der Art. 24 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Das Prinzip der Kollektiven Sicherheit ist also nicht gänzlich neu. Erst aber, wenn die Ergebnisse der Diskussionen um Gemeinsame Sicherheit Eingang finden in die Überlegungen zur Schaffung eines Systems Kollektiver Sicherheit, besteht die berechtigte Hoffnung, daß sich die Probleme und Fehler von Völkerbund und UNO nicht wiederholen.

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit Bd.I: Idee und Konzept, Baden-Baden 1986.
- Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit Bd. III: Konventionelle Stabilität, Baden-Baden 1988.
- Dieter S. Lutz, Deutsche Einheit - Europäische Sicherheit, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Heft 43, Hamburg 1990.
- IFSH, Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 9, Hamburg 1990.

**Bearbeiter: Matthias Bartke**

**Projekt:** Rechtsgrenzen des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr

**Kurzbeschreibung:**

Das Projekt beinhaltet eine Auseinandersetzung mit den Notstands- und Wehrrechtsnormen des Grundgesetzes. Die Entstehung der ersten Wehrverfassung von 1956 und die Entwicklung zur "Notstandsnovelle" von 1968 bilden daher den Schwerpunkt des ersten Teils der Arbeit.

Hieran anschließend wird die Frage untersucht, ob die Bundeswehr nur im Verteidigungsfall zur Verteidigung eingesetzt werden darf. Rechtlich beinhaltet dies eine eingehende Untersuchung des Spannungsverhältnisses zwischen Art. 115 a GG ("Verteidigungsfall") und Art. 87 a Abs. 2 GG ("Verteidigung"). Nach der heute wohl überwiegenden Lehre hängen beide Normen nur sehr lose miteinander zusammen. Art. 115 a GG ist danach eine Norm, die primär nach innen und Art. 87 a Abs. 2 GG eine Norm, die primär nach außen gerichtet ist. Diese Unterscheidung wird unter einer Reihe von Gesichtspunkten kritisch erörtert. Hierzu gehört vor allem eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses von Wehrverfassung zur Notstandsverfassung und eine genauere Überprüfung der praktischen Funktion der völkerrechtlichen Erklärung über das Bestehen des Verteidigungsfalles nach Art. 115 a Abs. 5 GG.

Anschließend wird Art. 24 Abs. 2 GG als einsatzentscheidende Norm für die Bundeswehr untersucht. Art. 24 Abs. 2 GG ermöglicht dem Bund, sich in ein "System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" einzuordnen und stellt damit die Verfassungsoption auf kollektive Sicherheit dar. Das Prinzip der kollektiven Sicherheit wird daher in seiner Entstehung und seinen grundsätzlichen Prinzipien dargestellt. Daran anschließend wird Art. 24 Abs. 2 GG als Ermächtigungsgrundlage für Bundeswehreinsätze im Rahmen des Kapitel VII der UN-Charta, im Rahmen von UN-Friedensmissionen und im Rahmen von Bündniseinsätzen von NATO und WEU untersucht. Schwerpunktmäßig wird dabei jeweils geprüft, ob es sich bei UNO, NATO und WEU um Systeme kollektiver Sicherheit handelt.



Anhand dieses rechtlichen Gerüsts wird dann die politische Diskussion um Bundeswehreinsätze im Persischen Golf im Iran-Irak-Konflikt einer rechtlichen Wertung unterzogen. Eingedenk der Tatsache, daß der Art. 115 a GG die Feststellung des Verteidigungsfalles bereits ermöglicht, wenn ein Angriff "unmittelbar droht", wird abschließend geprüft, ob das Grundgesetz tatsächlich eine Präventivverteidigung zuläßt.

Das Projekt ist mittlerweile abgeschlossen und erscheint Anfang 1991 als Buchpublikation im Nomos-Verlag unter dem Titel: "Verteidigungsauftrag der Bundeswehr - Eine verfassungsrechtliche Untersuchung".

**Wissenschaftliche Kooperation:**

Universität Hamburg, Fachbereich Rechtswissenschaften II; Studien-  
gruppe "Europäische Sicherheit" der Vereinigung Deutscher Wissen-  
schaftler (VDW).

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- Bundeswehrtruppen für die UNO? In: Vierteljahresschrift für Si-  
cherheit und Frieden (S+F) Nr. 4/1988, S. 259-265.

**Bearbeiterin: Hanne-Margret Birckenbach**

**Projekt:** Sozialpsychologische Aspekte sicherheits- und friedenspolitischer Alternativen

**Kurzbeschreibung:**

Gegenstand des Projekts sind die soziopsychischen und politisch-psychischen Mechanismen, die im Diskurs über sicherheitspolitische Alternativen wirksam werden. Dieser ist von Emotionen, Motiven, Gefühlen und Ängsten mitbestimmt, die dem Diskurs entzogen sind. Das Bewußtsein dessen, was nicht thematisiert wird, schafft Voraussetzungen für die Änderung des Diskurses und der Politik. Das Projektziel richtet sich auf die Kritik unfruchtbarer Diskursstrategien, die Erarbeitung konstruktiver Alternativen zu ihnen und auf die Freilegung von Anknüpfungspunkten für eine inner- und zwischengesellschaftliche Kultur der Verständigung. Der methodische Ansatz ist der Politischen Psychologie internationaler Beziehungen zuzurechnen und berücksichtigt Subjektivität im internationalen, transnationalen und innergesellschaftlichen Kontext.

Die Projektarbeit ist mit einem rasanten und unerwarteten Wandel der Rahmenbedingungen und Bezugspunkte konfrontiert. Dies betrifft vor allem:

- Veränderungen der Ost-West-Beziehungen, der deutschland- und sicherheitspolitischen Lage sowie dessen, was an Alternativen ins Blickfeld rückt (kollektive Sicherheit, positiver Frieden);
- Veränderungen im innenpolitischen Kräftefeld, vor allem bei den sozialen Bewegungen, insbesondere den Friedensbewegungen in der Bundesrepublik, aber auch in Gesamteuropa;
- Veränderungen hinsichtlich der Legitimation und Akzeptanz von Militär und militärischer Sicherheitspolitik;
- Veränderungen hinsichtlich der Inhalte des sicherheitspolitischen Diskurses und der Interessen an ihm;
- Veränderungen hinsichtlich der Wahrnehmungsfähigkeiten und der Ausprägung von Fehlwahrnehmungen;

Bislang vorliegende Ergebnisse lassen sich untergliedern in:

- Theoretische Texte zur Psychologie des Friedens, speziell zu Forschungsansätzen im Bereich der Politischen Psychologie internationaler Beziehungen, zu Fragen der Verarbeitung von Angst und ihrer Bedeutung als Antriebskraft friedenspolitischer Veränderungen und zu Problemen der (Fehl-) Wahrnehmung in den internationalen und innergesellschaftlichen Beziehungen;
- Fallstudien, speziell zum Thema transsystemarer und innergesellschaftlicher Streitkultur (Erfahrungen mit Ost-West-Dialogen, zivil-militärischer Dialog), in denen die Bedeutung von Asymmetrien in Konfliktbeziehungen für die Veränderungen des Diskurses besondere Aufmerksamkeit gefunden hat;
- Gruppenbezogene Studien, vor allem über Soldaten, Frauen, Jugendliche und Kinder.

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- Frieden durch Streit? Politisch-psychologische Rahmenbedingungen für die Überwindung von Feindbildern, in: R. Steinweg, Chr. Wellmann (Red.), Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität, Friedensanalysen Band 24, Frankfurt 1990, S. 151-188.
- Frieden: Abschied von der "heilen Welt". Zur Entwicklung lebensnaher Vorstellungen vom Frieden, in: W. R. Vogt, Mut zum Frieden, Über die Möglichkeiten einer Friedensentwicklung für das Jahr 2000, München 1990, S. 125-138.
- Kinder fragen: Warum Krieg? Anregungen für politisches Lernen von Erwachsenen, in: B. Claußen (Hrsg.), Politische Sozialisation Jugendlicher in Ost und West, Bonn 1990, S. 252-257.

**Bearbeiter: Jaromir Cekota**

**Projekt:** Zur Politischen Ökonomie der Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Produktion ziviler Güter: Eine vergleichende (Ost-West) Analyse

**Kurzbeschreibung:**

Das Projekt ist der Untersuchung eines wirtschaftlichen Problems von höchster Bedeutung gewidmet: Es geht um die Konversion militärischer Produktion in den entwickelten Industriegesellschaften in die Produktion ziviler Güter. Eine solche Umstellung ist durch die jüngste Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen den Supermächten möglich geworden. Der Konversionsprozeß ist augenscheinlich komplex und verläuft ungleichmäßig. Auf der Basis der bisher zugänglichen Informationen kann festgestellt werden, daß die Umstellung rüstungsrelevanter Industrien auf zivile Produktion in der Sowjetunion und in Osteuropa deutlich rascher vonstatten geht als in den Vereinigten Staaten, Kanada und Westeuropa.

Es ist das vorrangige Ziel des Forschungsprojektes, auf dem Wege einer vergleichenden ökonomischen Analyse das ungleiche Tempo bei der Konversion in Ost und West zu erklären. Daneben sollen die wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen einer beschleunigten Umstellung von militärischer auf zivile Produktion in der ersten Hälfte der 90er Jahre untersucht werden. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen Licht auf einige dunkle Felder in einem weiten und außerordentlich schwach erforschten Gebiet der modernen politischen Ökonomie werfen.

Fraglos liegt umfangreiche Literatur zu den ökonomischen Aspekten des Wettrüstens zwischen den Supermächten und ihren Verbündeten während der vergangenen 40 Jahre vor. Gleichwohl befaßt sich nur ein Bruchteil der dort dokumentierten Forschung systematisch mit den ökonomischen Problemen, die mit der Umstellung von militärischer auf zivile Produktion verknüpft sind. Dies ist nicht verwunderlich. Bis in die späten 80er Jahre schienen Diskussionen der Konversionsökonomie nichts als fruchtlose Übungen in Science Fiction darzustellen. Die weitreichenden politischen Umwälzungen in der Sowjetunion und in

Osteuropa haben jedoch den Gegenstand der wirtschaftlichen Konversion sowohl praktisch relevant als auch erforschbar werden lassen.

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- The Soviet Military Sector and Technological Progress, in: Defense Economics, 1990, Band 1, S.311-328.

**Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart**

**Projekt:** Sicherheit durch gesamteuropäische Integration: Welche Perspektiven hat die Sowjetunion?

**Kurzbeschreibung:**

Das Forschungsvorhaben, dessen finanzielle Förderung bei der Volkswagen-Stiftung beantragt ist, geht von folgenden aktuellen Prozessen aus: Einerseits steht Westeuropa angesichts des für 1993 angestrebten EG-Binnenmarktes und seiner politischen Implikationen vor einem neuen Integrationsschub. Andererseits sind in Ost- und Mitteleuropa desintegrative Tendenzen unverkennbar. Im Zentrum dieser Entwicklung steht ein von der Sowjetunion initiiertes, tiefgreifendes gesellschaftlicher Wandel, von dem sie selbst am stärksten betroffen ist.

Angesichts der schwerwiegenden, aus der Periode der politischen "Stagnation" herrührenden "alten" Probleme, akuter Desintegrationstendenzen und eines zunehmenden Modernisierungsdrucks ist die Zukunft der "Perestroika" äußerst ungewiß. So richtig die These ist, daß die Schaffung entsprechender innenpolitischer und gesellschaftlicher Bedingungen von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Reformprojektes ist, so naheliegend scheint im Zeitalter zunehmender Interdependenz auch die Annahme, daß dieses Projekt ohne westliche Flankierung keinen Erfolg haben wird. Da dieser Erfolg aber im wohlverstandenen sicherheitspolitischen Eigeninteresse aller europäischen Staaten liegt, geht diese Untersuchung von der zentralen These aus, daß die Sowjetunion in einen gesamteuropäischen Assoziations- und/oder Integrationsprozeß einbezogen werden sollte. Die daraus abgeleitete übergreifende Fragestellung lautet folglich: Ist die Sowjetunion integrationsfähig und welche integrationspolitischen Perspektiven hat sie? Oder anders ausgedrückt: Welche Rolle will, kann und soll die Sowjetunion in einem gesamteuropäischen Integrationsprozeß spielen?

Die aus dieser Fragestellung abgeleiteten Hauptfragen lauten:

1. Welche gesellschaftlichen Interessen artikulieren sich in der Sowjetunion vor dem Hintergrund welcher gesellschaftlichen/natio-

nen Konfliktsstrukturen zur Problematik der europäischen Sicherheit und Integration?

2. Welche sicherheits- und europapolitischen Vorstellungen existieren innerhalb des politischen Systems der Sowjetunion, mit welchen Interessen sind sie verbunden und wie sollen sie durchgesetzt werden?
3. Wie verläuft die sowjetische Regierungspolitik seit 1985 gegenüber folgenden Integrationssystemen:
  - NATO/WVO,
  - KSZE,
  - EG/RGW,
  - Europarat?
4. Wie verhalten sich die genannten Integrationssysteme gegenüber der Sowjetunion und welche Positionen vertreten aus welchen Gründen die zentralen westlichen Regierungen (USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien)?
5. Wie kann die Sowjetunion in einen gesamteuropäischen Prozeß integriert werden, welche institutionellen Partizipationsmöglichkeiten bestehen und welche gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen sind mittel- und langfristig unter welchen Bedingungen anzustreben?

Neben Hans-Georg Ehrhart werden im Rahmen des Arbeitsbereiches "Sowjetunion und europäische Sicherheit" (ASES) am IFSH Birgit Kreikemeyer und Ursel Schlichting mitarbeiten.

#### **Wissenschaftliche Kooperation:**

Europa-Institut, Moskau.

#### **Veröffentlichungen zum Thema:**

- Zur Rolle der EG beim Aufbau einer Ordnung des Gemeinsamen Friedens, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Baden-Baden 1990, S. 319-338.
- Die UdSSR-Politik der EG: Integration oder Abhaltung? in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 4/1990, S. 237-241.

**Bearbeiter: Thorsten Görrissen**

**Projekt:** Grenzüberschreitende Umwelterstörung als Problem äußerer Sicherheit und Gegenstand internationaler Politik

**Kurzbeschreibung:**

In der Weltpolitik fallen seit Ende der achtziger Jahre zwei voneinander unabhängig entstandene Entwicklungen zusammen:

- Das verstärkte Auftreten und Sichtbarwerden von ökologischen Beeinträchtigungen durch grenzüberschreitende umweltschädigende Einflüsse;
- Ein tiefgreifender grundlegender Wandel im Ost-West-Verhältnis und das Ende der ideologischen und militärischen Konfrontation der Blöcke.

Das Zusammentreffen beider Entwicklungen hat die Rahmenbedingungen nationaler und internationaler Sicherheit grundlegend verändert. Militärische Bedrohungen verlieren zumindest in den Industrieländern ihre dominierende Rolle für die äußere Sicherheit. Nationale Sicherheit wird in steigendem Maße durch Umweltbelastungen von außen beeinträchtigt. Der Zustand und der Schutz der Umwelt innerhalb nationalstaatlicher Grenzen ist zunehmend abhängig von grenzüberschreitender Umweltverschmutzung und externen ökologischen Entwicklungen. Ökologische Sicherheit, also die Abwesenheit von und der Schutz vor Beeinträchtigungen durch grenzüberschreitende Umweltbelastungen und -gefahren sowie externen ökologischen Entwicklungen, ist vielfach abhängig von der Wirtschaftstätigkeit und der Umweltpolitik benachbarter Staaten bzw. der internationalen Staatengemeinschaft und deren Bereitschaft zu umweltpolitischer Kooperation.

Mehr als jemals zuvor wird gegenwärtig die sowohl auf regionaler wie auf globaler Ebene bestehende ökologische Interdependenz deutlich. Dies trifft in besonderem Maße für den dicht besiedelten und industriell hoch aggregierten europäischen Kontinent zu. Die weiträumige Verteilung von Luftschadstoffen und deren Auswirkungen auf den Zustand von Wäldern, Böden und Oberflächengewässern, die Verschmutzung grenz-



überschreitender Flüsse und der europäischen Meere oder die vom grenzüberschreitenden Straßenverkehr ausgehenden Umweltbelastungen haben die in Europa bestehenden Strukturen weitreichender ökologischer Interdependenz sichtbar werden lassen. Die fortgeschrittene Zerstörung der atmosphärischen Ozonschicht, verursacht durch den Verbrauch fluorierter Chlorkohlenwasserstoffe (FCKW), und die globale Erwärmung, hauptsächlich hervorgerufen durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe und den dadurch bedingten Anstieg der Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre, verdeutlichen die weitreichende globale ökologische Interdependenz.

Das Forschungsvorhaben richtet sich auf zwischenstaatliche und internationale Umweltbelastungen und umweltschädigende Einflüsse mit Auswirkungen auf die externe ökologische Sicherheit von Nationalstaaten. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Auswirkungen regionaler und globaler grenzüberschreitender Umweltzerstörung auf die zwischenstaatliche und die internationale Politik und die von den Akteuren des internationalen Systems verfolgten Strategien gegenüber diesen Problemen. Neben einer Bestandsaufnahme soll hier eine Bewertung der jeweiligen Strategien vorgenommen werden. Wesentliche Bedeutung kommt dabei der Untersuchung der Gründe bzw. der Motivation der Akteure für die Wahl der genannten Strategien und Instrumente zu. Akteure der Untersuchung sind Nationalstaaten und die für den Forschungszusammenhang relevanten internationalen Organisationen.

**Wissenschaftliche Kooperation:**

Massachusetts Institute of Technology, Center for International Studies, Cambridge/Mass. Pacific Institute for Studies in Development, Environment, and Security, Berkeley. International Peace Research Institute, Oslo (PRIO). The Fridtjof Nansen Institute, Oslo. Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin.

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung und europäische Sicherheit in: D. S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Baden-Baden 1990, S. 395-440.

**Bearbeiter: Lothar Gutjahr**

**Projekt:** Perspektiven einer Neuen Europäischen Friedensordnung in der politischen Diskussion Großbritanniens

**Kurzbeschreibung:**

Mit dem Ende der deutschen Teilung am 3. Oktober 1990 scheint die Nachkriegsordnung endgültig beendet zu sein. Die europäische Politik - zumal die Sicherheitspolitik - durchläuft einen Paradigmenwechsel, dessen hervorstechendstes Merkmal das Ende der bipolaren Ost-West-Konfrontation ist. Welche Konflikte die Zukunft dieses Kontinents bestimmen werden, ist gegenwärtig erst in Umrissen erkennbar. Vier Elemente scheinen jedoch wesentlich:

1. Die zentrale Rolle der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Spannungsfeld von Integration und Ausweitung.
2. Die ökonomischen, sozialen und politischen Probleme Osteuropas und deren Einfluß auf die gesamteuropäische Entwicklung.
3. Die Veränderungen in den Atlantischen Beziehungen.
4. Die Fortexistenz der globalen Fragen (Existenz von Massenvernichtungswaffen, soziale Krisen der Entwicklungsländer und Umweltzerstörung).

Die Reaktionen einzelner Nationalstaaten auf diese Herausforderungen bleiben auch in Zukunft die entscheidende Ebene der internationalen Politik, auch wenn die Probleme zunehmend zur transnationalen Kooperation zwingen. Wesentlich für die Art der Reaktion ist die jeweils vorherrschende Definition nationaler Interessen - insbesondere von Sicherheitsinteressen -, wie sie sich in innergesellschaftlicher Konkurrenz und politischem Diskurs herausbilden.

Die politische Kultur Großbritanniens, der im Mittelpunkt dieses Projekts steht, scheint nach wie vor v.a. von dem als Niedergang wahrgenommenen Machtverlust und von unabhängigen nationalen Strategievorstellungen bestimmt zu sein. War Großbritannien 1945 einer der "Big Three", die die politische Struktur der Nachkriegsordnung maßgeblich beeinflussten, so zeigte sich bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die ökonomische Schwäche und politisch-militärische Abhängigkeit von amerikanischer Hilfe. Dennoch gab London die Vorstellungen von der dritten Kraft, von einer Rolle als Vermittler

zwischen den Supermächten, trotz des Suezdebakels der fünfziger Jahre, trotz der Sterlingkrise der sechziger Jahre und des EG-Beitritts zu Beginn der siebziger Jahre nicht auf.

Diese Interpretation der britischen Entwicklung folgt der "realistischen" Theorie internationaler Beziehungen. "Decline" ist insofern die schwindende Fähigkeit, eigene Interessen - insbesondere Sicherheitsbedürfnisse - in der internationalen Arena durchzusetzen.

Demgegenüber hat sich seit Anfang der siebziger Jahre jedoch eine Denkrichtung ausgeprägt, die hauptsächlich auf die strukturellen und prozessualen Veränderungen des internationalen Systems verweist. Nach Ansicht der "Transformalisten" liegt Großbritanniens Problem v.a. in seiner mangelnden Anpassung an die neuen Bedingungen, die eine einseitig-militärische Herstellung von Sicherheit kaum mehr zulassen und von politisch-ökonomischer Interdependenz gekennzeichnet sind.

Das Ziel der Untersuchung ist erstens, die verschiedenen in Großbritannien artikulierten Definitionen nationaler Interessen zu untersuchen, zweitens, die Konsens- bzw. Dissenspunkte im Hinblick auf ihre Relevanz für die zukünftige Regierungspraxis zu analysieren und drittens, strategisch-konzeptionelle Grundentscheidungen aus Meinungsäußerungen und Verhalten maßgeblicher Akteure in der Tagespolitik abzuleiten. Unterschiedliche Theorien internationaler Beziehungen sind in diesem Zusammenhang einerseits Interpretationsvarianten, andererseits aber möglicherweise auch Ideenkomplexe, die das Verhalten der politisch Handelnden bestimmen.

Aus der britischen Definition und Implementation der eigenen nationalen Interessen ergeben sich Folgen für die zukünftige Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa. Je nach den Grundentscheidungen - ob "realistisch" oder "transformalistisch" - und je nach den Vorschlägen für die oben genannten vier Problemfelder wird sich der britische Einfluß auf die Gestaltung Europas auswirken.

#### **Wissenschaftliche Kooperation:**

Oxford Research Group; London School of Economics; Massachusetts Institute of Technology; Institut für Friedens- und Konfliktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

**Bearbeiter: Otfried Ischebeck / Götz Neuneck**

**Projekt:** Die Entwicklung und Proliferation nicht-atomarer Trägersysteme mit großer Reichweite

**Kurzbeschreibung:**

Angesichts neuer technologischer Entwicklungen und politisch-militärischer Bedrohungen insbesondere aus der südlichen Hemisphäre wird in Strategiestudien die Entwicklung und Stationierung von langreichweitigen, zielgenauen konventionellen Flugkörpern hingewiesen. Insbesondere die Krise im Persischen Golf läßt zudem in den westlichen Industrienationen wieder Stimmen laut werden, die für militärisch-technologische Optionen votieren. Gleichzeitig werden neue Anstrengungen auf dem Sektor der Abwehr ballistischer Raketen (SDI/ATBM) vorgeschlagen. Es ist davon auszugehen, daß zukünftige Forschungs- und Entwicklungsprogramme sich nach diesen Strategievorgaben richten werden. Auch auf dem strategischen Sektor könnte der Einsatz von konventionellen Marschflugkörpern gegen strategische Ziele (C<sup>3</sup>I, Silos, Produktionsanlagen etc.) in größerem Maßstab möglich werden.

Somit besteht trotz der Beilegung des ideologischen Ost-West-Konfliktes auch zukünftig die Gefahr, daß neue Bedrohungsbilder und neue Rüstungswettläufe erzeugt werden. Statt neue Strategiedebatten zu führen, sollten nicht-militärische Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Ziel des Projektes ist es, die technischen, militärischen und politischen Voraussetzungen dieser Entwicklungen aus europäischer, amerikanischer und sowjetischer Sicht zu beschreiben, die Gründe für die neuen Strategieüberlegungen und Rüstungsentwicklungen zu analysieren und entsprechende Empfehlungen zur Vermeidung eines neuen Rüstungswettlaufs zu erarbeiten. Insbesondere sollen die sicherheitspolitischen und regionalen Folgen der technologischen Entwicklung auf die Proliferation von Trägertechnologien und die Entwicklung konventioneller Trägersysteme für die globale und regionale Sicherheit aufgezeigt werden.

Die Arbeit soll in Zusammenarbeit mit einer Forschergruppe der Akademie der Wissenschaften/Moskau und einer Wissenschaftlergruppe der "Federation of American Scientists", Washington, durchgeführt werden.

**Wissenschaftliche Kooperation:**

Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg.

Federation of American Scientists, Washington.

Akademie der Wissenschaften, Moskau.

**Bearbeiter: Bhupendra Jasani**

**Projekt: European arms control verification from space**

**Kurzbeschreibung:**

Es existieren bereits eine Reihe bi- und multilateraler Rüstungskontrollabkommen, darüber hinaus werden weitere Rüstungskontrollabkommen verhandelt, bzw. stehen Verhandlungen vor ihrem Abschluß, dazu zählen u.a. die START (Strategic Arms Reduction Talks) und die VKSE-Verhandlungen.

Auf dem Gebiet der Verhandlungen sind große Fortschritte erzielt worden. Dennoch bleibt die Frage der Einhaltung und Verifikation solcher Abkommen ein vordringliches Problem.

Verifikation kann auf drei Ebenen erfolgen: aus dem Weltraum, aus der Luft und durch Vor-Ort-Inspektion. Während die beiden letztgenannten gegenseitige Vereinbarungen verlangen, ist das bei Satellitenverifikation nicht erforderlich.

Das Projekt befaßt sich mit einer möglichen Europäischen-Verifikations-Agentur in Westeuropa. Hier wiederum wird nur der Aspekt der Satellitenverifikation behandelt.

Folgende Fragen werden untersucht:

- welche wahrscheinlichen Verifikationserfordernisse sich aus einem VKSE-Abkommen ergeben,
- wie Satellitenverifikation andere Verifikationsprozeduren ergänzen kann,
- inwieweit europäische Satellitentechnologie zu einen Verifikationsregime beitragen kann.

Das Projekt wurde 1990 abgeschlossen; die Ergebnisse liegen als Hamburger Beitrag Nr. 51 vor.

**Veröffentlichung zum Thema:**

- European arms control verification from space, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 51, Hamburg 1990.

**Bearbeiterin: Margret Johannsen**

**Projekt:** Die Rolle der Nuklearwaffen in Europa im Spiegel der Strategiediskussionen des amerikanischen Kongresses in den achtziger Jahren

**Kurzbeschreibung:**

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Europa grundlegend verändert. Neue militärische Lagefaktoren stellen die westliche Allianz vor die Notwendigkeit, eine neue Militärstrategie zu entwickeln. Eine Neubestimmung der Rolle von Nuklearwaffen im Rahmen einer revidierten Strategie der flexiblen Antwort ist angekündigt. Einige Vorgaben sind bereits genannt: Nuklearwaffen werden in der NATO zwar weiterhin als unverzichtbar für die Kriegsverhütung in Europa angesehen; sie sollen aber von Waffen des möglichen frühen Ersteinsatzes zu Waffen der letzten Zuflucht werden. Doch die Umsetzung dieser Vorgaben in militärische Zielsetzungen und ihre Operationalisierung in Form von Entscheidungen über militärische Mittel und Dislozierung sind noch nicht erfolgt. Ohne ernstliche Konflikte im Bündnis über diese Fragen prognostizieren zu wollen, läßt sich feststellen, daß Antworten eine Auseinandersetzung mit dem (umstrittenen) Charakter der in Europa stationierten Atomwaffen erfordern.

Vor diesem Hintergrund soll ein Ausschnitt aus der Debatte in den achtziger Jahren um die Rolle der für den "europäischen Kriegsschauplatz" vorgesehenen Nuklearwaffen untersucht werden. Eines der zahlreichen Foren, in denen die Debatte geführt wurde, ist der amerikanische Kongreß. In den achtziger Jahren haben in Fragen des "national defense" einflußreiche Kongreßmitglieder es unternommen, die institutionelle Zuständigkeit des Kongresses bei der jährlichen Beratung und Verabschiedung des Verteidigungshaushaltes und beim Zustandekommen völkerrechtlich gültiger Verträge durch materielle Expertise in strategischen Angelegenheiten zu ergänzen. Auf diese Weise sollte die Kongreßmitwirkung an Entscheidungen von sicherheitspolitischer Bedeutung mit Substanz gefüllt und seine Rolle im Entscheidungsprozeß gegenüber der Administration gestärkt werden. Angesichts des gewaltigen Defizits des Staatshaushaltes sollten die immens hohen Rüstungsausgaben der



Reagan-Administration sachkundiger Kritik mit dem Ziel unterworfen werden, die für notwendig erachteten und gesetzlich vorgeschriebenen Kürzungen des Verteidigungshaushaltes auf effiziente Weise vorzunehmen, d.h. Prioritäten im Verteidigungshaushalt in Abhängigkeit von plausiblen Bedrohungs- und Einsatzszenarien zu setzen.

Vier Fallstudien sollen Aufschluß über Schwerpunkte und über Kontinuität und Wandel in der Debatte des Kongresses geben. Es sind dies die Debatten über die Modernisierung der eurostrategischen Waffen Ende der siebziger/frühe achtziger Jahre und die INF-Ratifikationsdebatte 1988 sowie die Debatten über die Modernisierung der landgestützten nuklearen US-Kurzstreckenwaffen und über die Stationierung von Trägersystemen für neu einzuführende luftgestützte Abstandswaffen Ende der achtziger Jahre. Das Untersuchungsmaterial besteht aus den einschlägigen Gesetzesvorlagen, Resolutionsentwürfen und Plenumsdebatten in den beiden Häusern des Kongresses sowie aus den Anhörungen, Diskussionen und Reports derjenigen Ausschüsse des Kongresses, die mit militärstrategischen Fragen vorrangig befaßt sind.

Die Rolle der TNF in der Bündnisstrategie der flexiblen Antwort ist in den achtziger Jahren unter militärisch-operativen, strategischen und bündnispolitischen Gesichtspunkten und in enger Verzahnung mit der Debatte um die amerikanische Truppenpräsenz in Europa und die Verteilung der finanziellen Lasten des Bündnisses diskutiert worden. Einen breiten Raum in der europäischen Debatte nahm die Kontroverse über den Zusammenhang der TNF mit der strategischen Nukleargarantie der USA für Westeuropa ein. Die detaillierte Untersuchung eines Teils der amerikanischen Debatte in den achtziger Jahren erfolgt in der Erwartung, Teilaufschluß über die Zwecke zu gewinnen, deretwegen die USA Nuklearpräsenz in Westeuropa unterhalten (haben).

**Wissenschaftliche Kooperation:**

Congressional Research Service, Washington, D.C.

**Veröffentlichung zum Thema:**

- Die Doppelte Null-Lösung, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 4, Hamburg 1987.

**Bearbeiter: Roland Kaestner**

**Projekt: Kriegsfolgenstudie konventioneller Kriegführung in Mitteleuropa**

**Kurzbeschreibung:**

Ausgehend von einer modifizierten These der Inkompatibilität moderner Industriegesellschaften und militärischer Verteidigung soll eine Kriegsfolgenabschätzung für die militärische Strategie der Vorverteidigung der NATO in Mitteleuropa (Bereich AFCENT) versucht werden. Dabei sollen die methodischen Probleme einer solchen quantitativen Abschätzung reflektiert werden. Darüber hinaus sollen auf der Grundlage dieser Kriegsfolgenstudie erste politische und militärische Implikationen analysiert werden.

Nach der Diskussion einiger gängiger Inkompatibilitätstheoreme soll die These von Wolfgang Schwarz, daß ein raumgreifender konventioneller Krieg in der Dimension der beiden Weltkriege heute die Vernichtung der europäischen Zivilisation nach sich ziehen würde, als zu prüfende Ausgangshypothese untersucht werden. Dazu soll eine quantitative konventionelle Kriegsfolgenstudie für Mitteleuropa erarbeitet werden.

Grund für den Ansatz: Die NATO-Strategie verbindet nukleare Abschreckung und konventionelle Verteidigungsfähigkeit zu einer militärischen Strategie der Kriegsverhinderung auf einer Vielzahl militärischer Konfliktebenen. Für den Fall des Scheiterns von Abschreckung will sie durch konventionelle Verteidigungsfähigkeit und durch konventionelle und nukleare Eskalationsfähigkeit Schadensbegrenzung und eine schnelle Kriegsbeendigung erreichen.

Um die Risiken nuklearer Eskalation zu minimieren und ihre Erfolgsaussichten zu verbessern, gewinnt die konventionelle Komponente der NATO-Strategie der "flexible response" zunehmende Bedeutung (Wörner 1986). Da man dem Warschauer Pakt im Konfliktfalle ein Unterlaufen der nuklearen Schwelle unterstellt, und die eigene Operationsführung von der Fähigkeit zu mindestens 30 Tagen konventioneller

Kriegsführung ausgeht, gewinnt ein mehrtägiges bzw. mehrwöchiges konventionelles Kriegsbild an Wahrscheinlichkeit.

Auf der Grundlage dieser Kriegsfolgenanalyse könnte das Schwarzsche Theorem der Unvereinbarkeit militärischer Verteidigung und Überlebensfähigkeit der modernen Industriegesellschaft auf seinen Erkenntniswert hin für den militärpolitischen und sicherheitspolitischen Bereich überprüft werden.

Aus der Untersuchung lassen sich dann militärische und politische Faktoren in der Planung, Struktur und Ausrüstung zukünftiger Streitkräfte, aber auch der Sicherheitspolitik beider Seiten herauskristallisieren, welche dem Anspruch der Schadensbegrenzung und schneller Konfliktbeendigung nicht gerecht werden und damit das Theorem Wolfgang Schwarz' bestätigen.

Es soll sich eine Untersuchung anschließen, inwieweit die erkannten Verwundbarkeiten moderner Industriegesellschaften wiederum neue Ansatzmöglichkeiten zur Nutzung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele darbieten.

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- Thesen zur militärischen Verteidigung und ziviler Verwundbarkeit - Eine doppelte Kritik, in: Diskurs 1, Materialien und Manuskripte aus der Führungsakademie der Bundeswehr.

**Kooperation:**

Führungsakademie der Bundeswehr

**Bearbeiter: Hans Krech**

**Projekt:** Gibt es eine Bedrohung der Sicherheit der westlichen Industriestaaten durch die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas?

**Kurzbeschreibung:**

Die Auflösung des Ost-West-Konfliktes verändert auch das Verhältnis der westlichen Industriestaaten zu den Ländern des Südens. Der Ost-West-Konflikt wird nicht mehr auf die Länder der Dritten Welt übertragen und wird auch nicht mehr auf deren Territorien in Stellvertreterkriegen ausgefochten.

Einige Experten prognostizieren ein sinkendes Interesse der westlichen Industriestaaten an einem ökonomischen, politischen und militärischen Engagement in vielen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Wenn diese Tendenz stimmt, sinken die Entwicklungschancen vieler Staaten der Dritten Welt weiter, der Nord-Süd-Konflikt würde verschärft. Dies könnte zu Bedrohungen der ökonomischen, ökologischen und militärischen Sicherheit der westlichen Industriestaaten durch die Länder der Dritten Welt führen.

Im Rahmen des bis zum 1. August 1991 befristeten Projektes soll versucht werden, die gegenseitige sicherheitspolitische Abhängigkeit zwischen den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und den westlichen Industriestaaten an einigen ausgewählten Problemfeldern für den Zeitraum von 1985-1990, gestützt auf die offiziellen Materialien und Untersuchungen der UNO, der OAU, der OAS und der ASEAN, in einer Materialsammlung zu dokumentieren. Problemfelder sind:

- das Streben nach ABC-Waffen,
- die Eskalationsgefahr regionaler Konflikte,
- der internationale Terrorismus,
- die ökologischen Gefahren,
- die Rauschgiftproduktion und -vermarktung,
- die Verschuldungskrise,
- die Migrationsproblematik.

Das Erkenntnisinteresse gilt dem möglichen sicherheitspolitischen Konfliktpotential, das die Sicherheitspolitik der westlichen Industriestaaten gegenüber den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in wenigen Jahren in einem wachsenden Maße beeinflussen könnte, sofern keine politischen, ökonomischen, ökologischen und möglicherweise auch militärischen Gegenmaßnahmen der Staaten des Nordens den möglichen Bedrohungen aus dem Süden in Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt vorbeugen.

**Kooperation:**

Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, FU Berlin.

**Bearbeiterin: Birgit Kreikemeyer**

**Projekt:** Sowjetische Politik gegenüber Institutionen im gesamteuropäischen Integrationsprozeß (1985-1992)

**Kurzbeschreibung:**

In diesem Forschungsvorhaben wird sowjetische Politik gegenüber Integrationsorganisationen und Institutionen in Gesamteuropa analysiert.

Mit Blick auf einen sicherheitspolitisch wünschenswerten gesamteuropäischen Kooperations- und Integrationsprozeß wird davon ausgegangen, daß die Sowjetunion bzw. der sich in Zukunft auf ihrem Territorium entwickelnde Zusammenschluß von Unionsrepubliken in eine gesamteuropäische Friedensordnung einbezogen werden muß.

Von einer Kooperationswilligkeit der Vertreter des "neuen Denkens" kann infolge eines Paradigmenwechsels in der außenpolitischen Theorie und Praxis ausgegangen werden. Diese Prämisse geht zusammen mit der Arbeitshypothese, daß die sowjetische Kooperationspolitik primär als ein Instrument zur innenpolitischen Krisenbewältigung und Reform interpretiert werden muß. Daraus leitet sich als Fragestellung ab, in welchem Ausmaß es den Anhängern dieses Kurses im Untersuchungszeitraum gelingt, die Kooperationsnotwendigkeit in einem gesamteuropäischen Integrationsprozeß gegenüber verschiedenen Integrationshindernissen (antiwestliche Opposition, Wirtschaftskrise, politische Kultur, Entwicklung des Verhältnisses Union-Republiken etc.) zu vertreten und umzusetzen.

Die Diversifizierung politischer Meinungen und Akteure als Ergebnis des Demokratisierungsprozesses, sowohl im parteipolitischen Spektrum, als auch in föderaler und wirtschaftlicher Hinsicht, soll daher entsprechend deren Einflußkraft auf Kooperations- und Integrationspolitik in die Analyse aufgenommen werden.

Untersuchungsrahmen für den gesamteuropäischen Integrationsprozeß ist die sich mit dem Ende der Blockkonfrontation in Gesamteuropa herausbildende Institutionenlandschaft, die sich entsprechend ihrer Reich-

weite in gesamt- und teileuropäische, sowie regionale Organe differenzieren läßt. Die sowjetische Politik gegenüber diesen, unterschiedlich bedeutenden, regionalen und sektoralen Organen soll zwar im Ganzen erfaßt, jedoch an ausgewählten Fallstudien empirisch untersucht werden.

Eine erste Fallstudie wurde durchgeführt für die sowjetische Politik gegenüber dem Europarat, der in Verbindung mit der KSZE eine gesamteuropäische Integrationsperspektive bekommt. Die Osteuropapolitik der Organisation und die Schaffung des "besonderen Gaststatus" für Nichtmitgliedstaaten ermöglicht auch der Sowjetunion die angestrebte evolutionäre Annäherung an Standards und Normen westlich parlamentarischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Anhänger einer Kooperationspolitik betonten ihre Reformbereitschaft, versäumten aber nicht, auf die Umsetzungsprobleme von Rechtsreformen hinzuweisen. Dennoch unternahm die Sowjetunion in ausgewählten Bereichen erste Kooperations Schritte. Ein Beitritt ist nicht unmittelbar möglich, langfristig aber angestrebt.

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- Der Europarat und der gesamteuropäische Prozeß, in: SÜDOST-EUROPA 10/1990, S. 609-623 (zus. mit M. R. Lucas).

**Bearbeiter: Michael R. Lucas**

**Projekt:** Die Rolle der KSZE während und nach dem Ende des Kalten Krieges

**Kurzbeschreibung:**

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde im Jahre 1975 ins Leben gerufen, um den Systemantagonismus zwischen Ost und West durch den Ausbau von miteinander vernetzten Kooperationsbeziehungen zu überbrücken und entschärfen. So kam der KSZE eine Schlüsselrolle im europäischen Annäherungs- und Entspannungsprozeß zu. Zugleich wurde damit der Weg zu den ordnungspolitischen Umwandlungen in der Sowjetunion und in Zentral- und Osteuropa Ende der achtziger Jahre schrittweise geebnet. Die auch als Erfolg der KSZE zu bewertende Beendigung des Ost-West-Konflikts schafft zugleich neue politische, wirtschaftliche und menschenrechtliche Aufgaben für die KSZE in bezug auf den Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung. In dem Projekt werden die Funktionen der KSZE und die neuen Herausforderungen für den KSZE-Prozeß in der gegenwärtigen Übergangsphase der internationalen Beziehungen untersucht.

Teil 1 behandelt Ursprung, Struktur und Arbeitsweise der KSZE und das für sie charakteristische Junktim von Sicherheit und nicht-militärischer Kooperation. In Teil 2 wird auf die Menschenrechtsdebatte bei der Wiener KSZE-Folgekonferenz eingegangen. Damit verbunden sind die bedeutenden Menschenrechtsreformen in der Sowjetunion, die während der zweiten Hälfte des Treffens eingeleitet wurden. Dabei wird auch der Konflikt in der KSZE zwischen der westlichen Vorstellung von Grundfreiheiten und dem inzwischen von allen östlichen Reformländern verworfenen leninistischen Begriff von kollektiven Rechten behandelt. Gezeigt wird, wie diese Auseinandersetzung bei nacheinanderfolgenden KSZE-Treffen ab Mitte der achtziger Jahre ihre ideologisch zugespitzten Konturen zunehmend verlor. Hieran anknüpfend folgt eine Untersuchung der sowjetischen KSZE-Politik und des Ansatzes der führenden sowjetischen Reformkräfte, die die KSZE gezielt als Instrument zur Konsolidierung des sowjetischen Demokratisierungsprozesses nutzen wollen. Ethnische, religiöse und nationale Konflikte in der Sowjetunion



und in Osteuropa werden als Beispiele für die gegenwärtigen Herausforderungen an eine gesamteuropäische Friedensordnung angeführt, und es werden einige Lösungsvorschläge diskutiert, wie die KSZE zum Zweck der Konfliktlösung eingesetzt werden könnte.

Im Teil 3 wird die amerikanische KSZE-Politik und deren traditionell ausgeprägte Betonung der Menschenrechte behandelt. Analysiert werden u.a. die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem amerikanischen KSZE-Ansatz und der KSZE-Politik der meisten europäischen Mitgliedsstaaten. Der Autor kommt zum Schluß, daß die amerikanische und die westeuropäische KSZE-Politik sich fruchtbar ergänzt und wesentlich zum gesamteuropäischen Wandel in den Jahren 1985-1990 beigetragen haben.

Teil 4 behandelt die Sicherheitsdimension der KSZE bis in die Vorbereitungsphase des Pariser KSZE-Gipfels vom November 1990 und die Entwicklung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs. Die Studie schließt mit Empfehlungen in bezug auf die amerikanische KSZE-Politik und die zukünftige Rolle der USA in Europa.

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- The Conference on Security and Cooperation in Europe and the Post-Cold War Era, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 48, Hamburg 1990.
- The Western Alliance after INF: Redefining U.S. Policy Toward Europe and the Soviet Union, Boulder, London 1990.
- The Decline of Export Security Controls in the 1980s und Several Options for Reform, in: Eric Stubbs (ed.) Soviet Foreign Economic and International Security, New York 1990.

**Bearbeiter: Dieter S. Lutz / Jörg Wallner**

**Projekt: Fernerkundung und europäische Friedenssicherung**

**Kurzbeschreibung:**

Das Forschungsvorhaben geht von drei aktuellen Tendenzen aus: zum einen von dem sich gegenwärtig abzeichnenden grundlegenden Wandel in den Ost-West-Beziehungen, darunter der Möglichkeit erfolgreicher multinationaler Abrüstungsverhandlungen in und für Europa. Zum anderen von der rasanten Fortentwicklung im Bereich der Fernerkundungstechnik; schließlich von der sich verändernden Haltung verschiedener Staaten gegenüber den Möglichkeiten zur Kooperation auf dem Gebiet der Fernerkundung, inklusive der Schaffung einer internationalen Institution (Internationale Satellitenagentur).

Ziel des Forschungsprojektes ist die Analyse von verschiedenen denkbaren Formen und Funktionen des institutionalisierten Einsatzes der Fernerkundung - sei es national, sei es ausgehend von den neutralen/nicht-alliierten Staaten, sei es bündnisintern oder sei es bündnisübergreifend - unter sicherheitspolitischen, völkerrechtlichen und technischen, ggf. auch finanziellen und organisatorischen Gesichtspunkten. Ferner sollen ihre Leistungsfähigkeit für Fragen von Verifikation, Krisenmanagement und Vertrauensbildung im besonderen Hinblick auf die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und ihre Ergebnisse überprüft werden. Schließlich ist nach den übergreifenden politischen Auswirkungen auf dem Weg zur Schaffung einer zukünftigen europäischen Friedensordnung zu fragen und sind Handlungsempfehlungen an die politischen Akteure auszusprechen.

Die Thematik der Fernerkundung ist nur interdisziplinär unter der Beteiligung von Politikwissenschaft (Friedenssicherung, Rüstungskontrolle), Völkerrecht (allg. Völkerrecht, Weltraumrecht, Recht der Friedenssicherung) und Technik (Weltraumtechnik, Fernerkundungstechnik, Datentechnik) angemessen zu bearbeiten. Das wissenschaftliche Vorgehen basiert deshalb auf dem interdisziplinären Zusammenwirken dreier Institutionen. Es gliedert sich entsprechend in drei Teilprojekte, die in enger Kooperation durchgeführt werden. Das Teilprojekt, das feder-

führend vom IFSH durchgeführt wird, beinhaltet die folgenden Arbeitsschritte:

- Aufarbeitung und Darstellung des wissenschaftlichen und politischen Diskussionsstandes,
- theoretische Überlegungen zum Konzept der Verifikation,
- Untersuchung des bisherigen Einsatzes satellitengestützter Fernerkundung und der dabei gemachten Erfahrungen,
- Recherchen über die (veränderte) Haltung relevanter Staaten und anderer Akteure zu Fragen der Fernerkundung auf multilateraler Basis,
- Analyse der bisherigen Vorschläge und Studien aus Politik und Wissenschaft,
- Auflistung zukünftiger grenzüberschreitender Gefahren,
- Diskussion verschiedener Konzepte einer zukünftigen europäischen Friedensordnung,
- Definition der politischen Funktion(en) internationaler Kooperation auf dem Gebiet der Fernerkundung,
- Definition der Anforderungen an ein multilaterales System der Fernerkundung in institutionalisierter Form,
- Untersuchung verschiedener Varianten der Kooperation bei der Fernerkundung in institutionalisierter Form,
- Vorschlag und Analyse verschiedener Modelle zur multilateralen Fernerkundung.

Neben den oben genannten Dieter S. Lutz und Jörg Wallner ist am IFSH die Mitarbeit von Egon Bahr und Erwin Müller geplant.

**Wissenschaftliche Kooperation:**

Institut für Friedenssicherung und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Bochum.

Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR), Köln/Weßling.

**Bearbeiter: Mathias Martin**

**Projekt: Gemeinsames Europäisches Haus und Europäische Friedensordnung**

**Kurzbeschreibung:**

Mit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow im April 1985 hat eine politische Entwicklung begonnen, die substantielle Veränderungen auch im europäischen Raum zur Folge hat. Nachdem sich anfänglich die politischen Veränderungen vor allem auf die innersowjetischen Verhältnisse erstreckten, griffen sie schon recht bald auf die Gestaltung der sowjetischen Außenpolitik über. Hierbei konzentrierte sich die außenpolitische Führung der UdSSR zunächst auf das Verhältnis zu den USA und auf den Bereich der Sicherheitspolitik. Wenngleich Gorbatschow schon 1985 den Terminus vom "Gemeinsamen Europäischen Haus" aufgriff und für eine Veränderung der politischen Beziehungen warb, zeichneten sich erst seit 1987/88 Konturen der europapolitischen Vorstellungen der Sowjetunion ab. Sie betreffen einerseits das Verhältnis der UdSSR zu den ostmitteleuropäischen Verbündeten und andererseits das zu den westeuropäischen Staaten.

Mittlerweile haben die Entwicklungen in Ostmitteleuropa und in der ehemaligen DDR die theoretischen Vorgaben des Neuen Politischen Denkens auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Ein wichtiges Element dieser außenpolitischen Konzeption ist die Respektierung der innergesellschaftlichen Entwicklung eines jeden Staates. Bislang hat sich die UdSSR strikt an diese Vorgaben gehalten. Die noch bis vor kurzem als abwegig beurteilte Perspektive, daß einzelne Staaten der WVO oder des RGW aus den Bündnissen austreten, ist inzwischen Realität geworden. In Anbetracht der Auflösungserscheinungen des RGW werden seit Ende 1989 seitens verschiedener ostmitteleuropäischer Staaten Wünsche nach einer engeren Kooperation mit der EG (Assoziation) bzw. einer Mitgliedschaft vorgetragen. Auch die Sowjetunion ist um intensivere Wirtschaftsbeziehungen zu den westeuropäischen Staaten bemüht.

Vor diesem Hintergrund soll in dem Forschungsprojekt eine Analyse der bisher zu beobachtenden Veränderungen sowohl in der Sowjetunion als

auch im ehemaligen sowjetischen Hegemonialbereich vorgenommen werden. Diese Analyse soll ein Ausgangspunkt sein, von dem aus Vorstellungen zur weiteren Entwicklung Europas und den Rollen, die die UdSSR und die ostmitteleuropäischen Länder in Europa einnehmen wollen, dargelegt sowie unter friedens- und sicherheitspolitischen Aspekten untersucht und diskutiert werden. Hierbei soll u.a. den Fragen nachgegangen werden, ob bzw. welche Rolle die östlichen und westlichen Bündnissysteme mittelfristig spielen werden und inwieweit bestehende europäische Kooperationsforen sowie noch zu schaffende gesamteuropäische Institutionen friedensstabilisierende Funktionen erfüllen können.

#### **Wissenschaftliche Kooperation:**

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Europa Institut, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.

#### **Veröffentlichungen zum Thema:**

- Das Neue Politische Denken in der Außenpolitik der UdSSR, in: Arbeitshefte Nr. 85, Bonn 1989, S. 29-40.
- Die Entwicklungen in der Sowjetunion, in: Friedensgutachten 1990, Münster 1990, S. 79-96 (zus. mit U. Schlichting).
- Die Haltung der Sowjetunion gegenüber einem System Kollektiver Sicherheit, in: D. S. Lutz, Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Baden-Baden 1990, S. 161-189.
- Sowjetische Sicherheitspolitik und Kollektive Sicherheit 1917-1990, Hamburger Beitrag zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 52, Hamburg 1990.

**Bearbeiter: Erwin Müller**

**Projekt:** Ein System kollektiver Sicherheit (SKS) als Basis einer Neuen Europäischen Sicherheitsordnung

**Kurzbeschreibung:**

Angesichts der tiefgreifenden politischen Veränderungen im europäischen Staatensystem hat sich der Bedarf an einer neuen Sicherheitsordnung der Zukunft sprunghaft erhöht. Aus dem Fundus der in der Diskussion befindlichen Alternativmodelle zur Ablösung einer labilen Sicherheitsgarantie durch Abschreckung bietet sich das Modell der kollektiven Sicherheit an (Sicherheit durch SKS), in dessen Rahmen sich die Teilmodelle von Sicherheit durch Abrüstung, durch Angriffsunfähigkeit und durch Vertrauensbildung als integrale Elemente einbetten lassen.

Da das Modell aufgrund seiner unzulänglichen Umsetzung im Rahmen von Vorgängeransätzen wie Völkerbund und UNO (falls diese überhaupt als SKS gedacht waren bzw. implementiert wurden) vorbelastet ist und sich massiver Kritik ausgesetzt sieht, ist zunächst abzuklären, wo die prominentesten Defizite der "realisierten" Modelle liegen, die keineswegs mit potentiellen Defiziten der SKS-Idee identisch sein müssen. Gleichwohl ist auch dieser prinzipiellen Frage nachzugehen.

Um sie auf einer möglichst breiten und dementsprechend ergiebigen Basis beantworten zu können, werden auch andere historisch-empirische SKS-Ansätze untersucht und ausgewertet, insbes. das alte Deutsche Reich ab 1648 und der Deutsche Bund. Darüber hinaus läßt sich aus dem Studium der älteren und aktuelleren Geschichte von Bündnissen und Balance-of-Power-Systemen, die mit einem SKS eine Vielzahl struktureller Analogien gemeinsam haben, eine Fülle von verwertbaren Aufschlüssen über die Funktionsbedingungen kollektiver Sicherheit, insbesondere den Beistandsaspekt, gewinnen.

Kombiniert man diese empirisch gewonnenen Erkenntnisse mit einigen logischen Deduktionen aus vorliegenden generellen Hypothesen, so sollten sich normative Vorgaben formulieren lassen, nach denen ein SKS auszugestalten wäre (dies aber in steter Rückbindung zu dem Wissen um

die politischen Bedingungen, unter denen ein SKS überhaupt erst funktionieren kann). Konkret geht es also um die Ausformulierung der Satzungsrichtlinien eines effektiven SKS, die sowohl alle nötigen Details mit der gebotenen Verbindlichkeit regeln als auch allen hinlänglich wahrscheinlichen Problemfällen vorausschauend gerecht werden, indem ihre Bearbeitbarkeit normativ gesichert wird. Sie müßten alle relevanten Kriterien und Desiderate in einer so konkreten Weise angeben, daß sich ein rechtliches Regelwerk ableiten ließe.

Im einzelnen sind Antworten auf folgende Fragen vonnöten:

1. SKS-Teilnehmerkreis;
2. Organisation und Organe des SKS;
3. Entscheidungsfindungsmechanismen;
4. Kompetenzen des SKS;
5. Machtinstrumente des SKS, insbesondere ökonomischer und militärischer Art (supranationale Systemstreitkräfte, nationale Streitkräfte und deren - angriffsunfähige - Ausgestaltung etc.).

Die Arbeit in dem hier abgesteckten Forschungsbereich erfolgt nicht abgeschottet von anderen Optionen, sondern mit Blick auf ein weitergehendes Konzept einer Neuen Europäischen Friedensordnung, die zum zeitlich anschließenden Forschungsgegenstand werden sollte. Diese Friedensordnung könnte eine bei allem Sicherheitsgewinn nach wie vor auf der Prämisse potentieller internationaler Konfrontation beruhende Sicherheitsordnung ablösen, indem sie einen Zustand herbeiführt, in dessen Rahmen das (internationale) System die gewohnten Gefährdungen erst gar nicht produziert, sei es aufgrund der Charakteristik seiner Elemente, sei es aufgrund der Charakteristik der Beziehungen zwischen ihnen.

#### **Veröffentlichung zum Thema:**

- Grundsatzprobleme Kollektiver Sicherheit: Historische Erfahrungen und Lehren für die Zukunft, in: D. S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Baden-Baden 1990, S. 93-113.

**Bearbeiter: Reinhard Mutz**

**Projekt: Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung als Instrumente kollektiver Sicherheit**

**Kurzbeschreibung:**

Das Projekt untersucht die Funktionen der Rüstungskontrolle im Übergang von einem Regime Gemeinsamer Sicherheit zu einem Regime kollektiver Sicherheit in Europa. Die zugrundeliegende Annahme lautet: Auch nach der Überwindung des Ost-West-Konflikts und dem Wandel konfrontativer in kooperative Sicherheitsstrukturen werden militärische Streitkräfte und Rüstungen bestehen bleiben. Zu untersuchen ist, in welchem Umfang, welcher Zusammensetzung und mit welcher Aufgabenstellung.

Auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene geht es um die Konkretisierung der militärischen Subkonzepte der politischen Konzeption kollektiver Sicherheit: Konventionelle Stabilität, Defensivität, Strukturelle Angriffsunfähigkeit. Welche Prinzipien, welche Kriterien sind problemangemessen bzw. haben sich als problemlösungsfähig erwiesen?

Auf der empirischen Ebene ist nach den Handlungsbedingungen und politischen Strategien der Umsetzung gefragt: Inwieweit werden die gegenwärtigen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ihrem sicherheitsstabilisierenden Anspruch gerecht? Wo liegen die Defizite? Welche Einschnitte in bestehende Potentiale sind erforderlich? Wie kann die Umgehung von Abkommen verhindert werden? Welchen Beschränkungen muß künftige Rüstung unterliegen? Welches Leitprinzip eignet sich für die Fortsetzungsverhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE II), nachdem das Paritätsprinzip, das dem ersten Wiener Reduzierungsabkommen zugrundeliegt, politisch gegenstandslos geworden ist? In welcher Weise beeinflussen die politischen Veränderungsprozesse in Osteuropa den sicherheitspolitischen Regimewandel? Ergeben sich daraus besondere rüstungskontrollpolitische Erfordernisse an ein System kollektiver Sicherheit in Europa?



Das Projekt ist eingebettet in das Forschungsprogramm des Instituts. Es folgt dessen Weiterentwicklung und Konkretisierung. Etwa zehn Teilstudien liegen vor, einige davon sind aus Veranstaltungs- und Veröffentlichungsvorhaben des IFSH entstanden.

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- Konventionelle Stabilität auf niedrigerem Kräfteniveau, in: H.-D. Jacobsen, H. Machowski, D. Sager (Hrsg.), Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Bonn 1988, S. 290-305.
- Konventionelle Stabilität und qualitative Rüstungsdynamik, in: E. Bahr, G. Krell, K. v. Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1989, Hamburg 1989, S. 129-139 (zus. mit G. Neuneck).
- Abrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa, in: G. Krell, E. Bahr, J. Schwerdtfeger (Hrsg.), Friedensgutachten 1990, Münster 1990, S. 216-231 (zus. mit E. Bahr).

**Bearbeiter: Götz Neuneck**

**Projekt: Rüstungsmodernisierung und neue Technologien**

**Kurzbeschreibung:**

Nach der Überwindung des ideologischen Ost-West-Konfliktes sind die Anreize für das Fortbestehen der bipolaren wie globalen Rüstungskonkurrenz zwar erheblich verringert. Die Eigendynamik waffentechnologischer Entwicklungen und der seit Jahren extreme finanzielle Einsatz für Forschung und Entwicklung läßt in den nächsten Jahren jedoch neue Generationen von Waffensystemen erwarten.

Neben der ständigen Verbesserung vorhandener Systeme und der Forschung und Entwicklung neuer Waffen in den hochindustrialisierten Ländern ist zudem auch eine Diffusion vorhandener Technologien in die Länder der Dritten Welt zu beobachten. Regionalmächte in potentiellen Krisengebieten versuchen seit Jahren sich Wissen über die Herstellung und militärische Anwendung von Trägertechnologien und Massenvernichtungswaffen anzueignen. Dies gilt sowohl für den südamerikanischen Kontinent (Brasilien, Argentinien), als auch für das permanente Krisengebiet am Persischen Golf bzw. im Nahen Osten (Israel, Irak, Pakistan, Syrien, Iran etc.).

Angesichts dieser vertikalen und horizontalen Dynamik ist eine Beschränkung oder Kanalisierung entsprechender Technologien nur schwer vorstellbar. Die westliche Strategiedebatte wird sich nach dem Wegfall der unmittelbaren, militärischen Konfrontation in Mitteleuropa auf regionale Szenarien im Rahmen des heraufziehenden Nord-Süd-Konfliktes konzentrieren. Eine verstärkte Verwendung von Technologien für entsprechende regionale Szenarios bei gleichzeitiger Einschränkung des Technologietransfers wird gefordert. Aufgrund der Möglichkeiten, die die Mikroelektronik, neue Werkstoffe und Waffenwirkungen bieten, werden zielgenaue Flugkörper mit langer Reichweite, taktische Aufklärungs- und Führungssysteme, C<sup>3</sup>I-Systeme, eine starke Luftverteidigung von seiten der Politik und des Militärs, favorisiert. Dazu wird hohe Einsatzflexibilität, Mobilität und Eindringfähigkeit entsprechender Systeme verlangt.

Ziel des Projektes ist

- laufende Forschungs- und Entwicklungsprojekte auf dem Gebiet konventioneller Waffensysteme zu verfolgen,
- zukünftige Technologien und Waffenentwicklungen, die für einen Einsatz in Ländern der Dritten Welt im Rahmen der westlichen Strategiedebatte vorgeschlagen werden, zu identifizieren und
- mögliche Vorschläge für Rüstungskontrolle, die Begrenzung und Kanalisierung militärrelevanter Rüstungstechnologie zu erarbeiten.

**Wissenschaftliche Kooperation:**

IANUS, c/o Institut für Kernphysik, TH Darmstadt.

Center of International Security Studies at Maryland, University of Maryland, College Park, Maryland/USA.

Institute for Peace and International Security, Cambridge, Mass./USA.

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- Ist der Irak nuklearwaffenfähig?; in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Nr. 3/1990, (zus. mit M. Kalinowski, W. Liebert).
- Ist Saddam Hussein in der Lage, die Atombombe zu bauen? (zus. mit M. Kalinowski, W. Liebert), in: Frankfurter Rundschau vom 1. Oktober 1990, S. 10.
- Das Problem der Rüstungsmodernisierung bei konventionellen Streitkräften, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Nr. 4/1990, S. 221-230.

**Bearbeiterin: Ursel Schlichting**

**Projekt:** Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion

**Kurzbeschreibung:**

Fast alle Unionsrepubliken sowie zahlreiche Autonome Republiken und sogar kleinere Verwaltungseinheiten und ethnische Minderheiten haben im Laufe des Jahres 1990 Souveränitäts- oder Unabhängigkeitserklärungen abgegeben; die Republik Litauen hat ihren sofortigen Austritt aus der Union erklärt. Die zentrale Nationalitätenpolitik zeigte sich den Problemen bisher nicht gewachsen und reagierte zu spät auf die Autonomieforderungen der Völker in der Sowjetunion, was lediglich zu einer Radikalisierung der Forderungen führte. Eskalierende interethnische Konflikte konnten nur mit Waffengewalt eingedämmt, nicht aber gelöst werden.

Zwei Widersprüche fallen an der Entwicklung der Nationalitätenfrage auf: Die Glasnost-Politik Gorbatschows hat die Artikulation nationaler Interessen überhaupt erst möglich gemacht. Die Konflikte wurden dadurch jedoch nicht nur sichtbar, sondern sie eskalierten; und die nationalen Bewegungen radikalisierten sich. Während in Westeuropa die Integration fortschreitet, sind die Vorgänge in der Sowjetunion (und in Ostmittel- und Südosteuropa) durch zunehmende Desintegration gekennzeichnet. Der Gedanke der nationalstaatlichen Emanzipation scheint den dort lebenden Völkern attraktiver zu sein als der Gedanke der Integration, die den Verzicht auf bereits erkämpfte oder angestrebte Souveränitätsmerkmale und Kompetenzen bedeutete.

Ausgangspunkt der Untersuchung sind folgende Hypothesen: Der (Schein-)Föderalismus sowjetischen Typs ist gescheitert, Zentralismus ist mit der Demokratisierung des Vielvölkerstaates Sowjetunion unvereinbar. Ein unkontrolliertes Auseinanderbrechen der Sowjetunion hätte jedoch ebenso wie das Scheitern der Reformpolitik an der Nationalitätenfrage unabsehbare Folgen für die Sicherheit und den Frieden in Europa. Darüber hinaus können weitgehend voneinander isoliert agierende Nationalstaaten ökonomischer Verflechtung, globalen ökologischen Gefahren und auch nationalen Sicherheitsinteressen heute nicht mehr gerecht

werden. Nationale Bewegungen können andererseits der Reformpolitik positive Impulse geben, sofern sie demokratische Ziele verfolgen (z.B. in der Diskussion um die Aufgabe des Führungsanspruchs der KPdSU), und somit zum Systemwandel bzw. -wechsel in der Sowjetunion beitragen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich drei zentrale Fragen: Welchen Anteil haben die nationalen Bewegungen am Systemwandel bzw. -wechsel in der Sowjetunion? Können oder müssen (kon-)föderative Strukturen vorübergehend aufrechterhalten werden, um eine allmähliche Entflechtung zu gewährleisten? Inwieweit können konföderative Strukturen auch eine längerfristige Perspektive zur Lösung der zahlreichen Nationalitätenprobleme (z.B. wären Minderheitenkonflikte auf Republiksebene durch Sezession nicht gelöst) auf dem Gebiet der heutigen Sowjetunion bieten und eine bessere Alternative zu einem Nebeneinander souveräner Nationalstaaten darstellen bzw. welche Formen der Integration können bei gleichzeitiger Wahrung legitimer nationaler Interessen der Nationalstaatenbildung entgegengesetzt werden?

Zur Bearbeitung dieser Fragen sollen sowohl die Programme der nationalen Bewegungen und die Souveränitätsdeklarationen als auch Dokumente und Gesetze der zentralen sowjetischen Nationalitätenpolitik sowie der neue Unionsvertrag, der Ende 1990 im Entwurf vorliegen soll, ausgewertet werden.

#### **Wissenschaftliche Kooperation:**

Institut für Internationale Politik und Regionalstudien, Freie Universität Berlin.

#### **Veröffentlichungen zum Thema:**

- Die Entwicklungen in der Sowjetunion, in: G. Krell, E. Bahr, J. Schwerdtfeger: Friedensgutachten 1990, Münster 1990, S. 77-96 (zus. mit M. Martin).
- Nationalitätenproblematik und -politik in der Sowjetunion, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 3/90, S. 130-135.

**Bearbeiterin: Claudia Schmid**

**Projekt:** Friedensstrategien für Regionalkonflikte in der Dritten Welt  
am Beispiel des Vorderen Orients

**Kurzbeschreibung:**

Mit der Erosion des Ost-West-Konfliktes veränderten sich die Rahmenbedingungen internationaler Sicherheitspolitik. Es zeichnen sich zwei bestimmende Trends ab, die für die Durchsetzung von Friedensstrategien für außereuropäische Regionalkonflikte entscheidend sind.

1. Regionalkonflikte werden zum Ballast der Annäherung der Supermächte. Das neue Verhältnis zwischen Moskau und Washington scheint für eine Reihe von brisanten kriegerischen Konflikten, z.B. in Afghanistan, Angola/Namibia, Kambodscha friedliche Regelungen oder gar die Konfliktbeendigung in greifbare Nähe zu rücken.
2. Sicherheitspolitik regionalisiert sich zunehmend. Die Supermächte haben erheblich von ihrer Kontroll- und Steuerungsfähigkeit eingebüßt. Der Trend zur sicherheitspolitischen Emanzipation in der Dritten Welt verstärkt sich. Längst sind angehäuften konventionellen Militärpotentiale, intraregionale Rüstungswettläufe und das Streben nach Nuklearwaffenfähigkeit keine Monopole der Industriestaaten mehr.

Zentrale Aufgabe des Projektes ist es, vor diesem Hintergrund der veränderten globalen und regionalen Rahmenbedingungen regionale Sicherheitsstrukturen im Vorderen Orient zu erfassen. Der Vordere Orient dient dabei als empirische Folie und wird gerade wegen seiner Pluralität von Konflikttypen und seinem Spektrum gewaltträchtiger Konfliktformen ausgewählt. Für diese Region sind schwerlich Anzeichen für den Beginn eines friedlichen Zeitalters auszumachen. Im Gegenteil, während sich im Norden kooperative Konfliktbewältigungsstrategien und eine allgemeine Abrüstung durchzusetzen scheinen, erleben im Vorderen Orient traditionelle militärpolitische Sicherheitskonzepte und konfrontative Verhaltensweisen eine neue Blüte.

Spätestens seit dem ägyptisch-israelischen Friedensvertrag von 1979 änderte sich die dominante Form militanter Konflikte. An die Stelle von Kriegen zwischen mehreren arabischen Staaten und Israel treten subregional begrenzte, fragmentierte militante Auseinandersetzungen. Auch ist die Pazifizierung der Region nicht mehr nur von einer Lösung der Palästinafrage abhängig. In dem Maße, in dem Friedensinitiativen zum Israel-Palästina-Konflikt politischem Immobilismus zum Opfer fielen, avancierte die Golf-Region zur wichtigen internationalen sicherheitspolitischen Zone. Mit dem Irak-Iran-Krieg (1980-1988) und der Irak-Kuwait-Krise (seit August 1990) begann auch eine neue Phase internationaler Einmischung.

Im Anschluß an den empirischen Befund regionaler Sicherheitsstrukturen sollen jene in der Wissenschaft angebotenen und in der Praxis erprobten Friedensstrategien ausgewählt werden, die für eine friedliche Konfliktregulierung in der Region Gebrauchswert besitzen könnten. Es gilt, sowohl Bedingungen und notwendige Modifikationen für die Anwendung bestimmter Friedensstrategien herauszuarbeiten als auch die zu erwartende Effektivität kritisch einzuschätzen. Letztlich sollen Elemente eines funktionierenden regionalen Sicherheitssystems, das die komplizierten Eigenarten der Region berücksichtigt, identifiziert werden.

#### **Veröffentlichungen zum Thema:**

- Der moderne Rentier-Staat im Vorderen Orient und seine Strategien der Krisenbewältigung (zus. mit P. Pawelka); in: P. Pawelka/M. Aves (Hrsg.), Arabische Golfstaaten in der Krise. Frankfurt, 1990 S. 7-25.

**Bearbeiter: Bernd-Dieter Starke**

**Projekt : Der Friedensauftrag des Grundgesetzes**

**Kurzbeschreibung:**

Das Jahr 1990 stand in Deutschland ganz im Zeichen der neuen staatlichen Einheit. Mittlerweile ist der Einigungsprozeß durch die Integration des Beitrittsgebiets in die Bundesrepublik und die erste gesamtdeutsche Wahl abgeschlossen. Die Wiederbelebung des stornierten deutschen Nationalstaats führt im In- und Ausland zu einer Diskussion, in der vor einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gewarnt wird, deren Inhalte durch machtpolitische Ambitionen bestimmt werden.

Es ist absehbar, daß sich die Auseinandersetzung um die Vorgabe, die das Grundgesetz im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik getroffen hat, erheblich intensivieren wird. Daß es sich hierbei keineswegs um unverbindliche Programmsätze handelt, zeigen die friedensrelevanten Bestimmungen der Verfassung, zu denen die Präambel, Art. 1 Abs. 2, Art. 4 Abs. 3, Art. 9 Abs. 2, Art. 24, Art. 25 und Art. 26 gehören. Diese Verfassungsnormen sind daraufhin zu untersuchen, inwiefern sie sich rahmensetzend für das Handeln der politischen Entscheidungsträger auswirken. Die Untersuchung bedient sich hierzu des Analyseinstrumentariums der traditionellen juristischen Methodenlehre und neuer methodischer Ansätze. Dabei wird zu klären sein, wie die Auseinandersetzung um den Friedensbegriff in der Friedensforschung für die verfassungsrechtliche Diskussion fruchtbar gemacht werden kann.

Unter dem Eindruck sich wandelnder Ost-West-Beziehungen ist damit auch ein System kollektiver Sicherheit angesprochen, dem sich die Bundesrepublik Deutschland nach Art. 24 Abs. 2 GG zur Wahrung des Friedens anschließen kann. Gerade die Hervorhebung dieses sicherheitspolitischen Modells macht deutlich, daß die Verfassung selbst bei der Auswahl sicherheitspolitischer Alternativen von einer konkreten Zielvorstellung ausgeht.

Insgesamt wird zu zeigen sein, daß die Entscheidung für eine friedensstaatliche Verfassung gleichrangig neben der Entscheidung für einen



demokratischen, bundesstaatlich verfaßten und sozialen Rechtsstaat in Art. 20 und 28 GG steht. Ähnlich wie das Sozialstaatsprinzip trägt das verfassungsrechtliche Friedensgebot dynamische Züge und gebietet Aktivitäten des Staates, die Entwicklung eines friedlichen Zusammenlebens der Völker zu fördern.

**Wissenschaftliche Kooperation:**

Universität Hamburg, Fachbereich Rechtswissenschaften II.

#### 4. Veröffentlichungen von Mitarbeitern des IFSH 1990

##### *Egon Bahr*

- Friedensgutachten 1990, Münster 1990 (Mithrsg. mit G. Krell u. J. Schwerdfeger).
- Abrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa, in: G. Krell, E. Bahr, J. Schwerdfeger (Hrsg.), Friedensgutachten 1990, Münster 1990, S. 216-231 (zus. mit R. Mutz).
- Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa - Vom Blocksystem zur Sicherheitsgemeinschaft, Stellungnahme des IFSH zu den Verhandlungen "Zwei plus Vier", Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 9/1990 (zus. mit R. Mutz).
- Wann wird Berlin von Berlin regiert? in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1990, S. 58-59.

##### *Matthias Bartke*

- Zur Zukunft Deutschlands, Reden vom 2. internationalen Ost-West-Workshop über Gemeinsame Sicherheit (hrsg. zus. mit M. Johannsen), Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 44, Hamburg 1990.
- Entstehung und Grundprinzipien der Kollektiven Sicherheit in: D. S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Baden-Baden 1990, S. 115-131.

##### *Hanne-Margret Birckenbach*

- Friedensforschung und ihre feministischen Ansätze: Möglichkeiten zur Integration, hrsg. von der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn, Reihe AFB-Texte, Bonn November 1990.

- Jahrbuch Frieden 1991 (hrsg. zus. mit U. Jäger, Chr. Wellmann) Ereignisse - Entwicklungen - Analysen, München 1990.
- "Daß die Völker nicht erleichen..." Auf dem Weg zu einer europäischen Friedensordnung? Bilanz 1989/90 (zus. mit U. Jäger, Chr. Wellmann), in: ebenda, S. 9-47.
- Eskalation oder Verantwortung? Über den Umgang mit der irakischen Aggression gegen Kuwait (zus. mit Chr. Wellmann), in: ebenda, S. 89-111.
- Jenseits von Mythen: Zur Politischen Psychologie des Friedens - Eine Einführung, in: R. Steinweg, Chr. Wellmann (Red.), Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität, Friedensanalysen Band 24, Frankfurt 1990, S. 7-28.
- Frieden durch Streit? Politisch-psychologische Rahmenbedingungen für die Überwindung von Feindbildern, in: R. Steinweg, Chr. Wellmann (Red.), Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität, Friedensanalysen Band 24, Frankfurt 1990, S. 151-188.
- Frieden: Abschied von der "heilen Welt". Zur Entwicklung lebensnaher Vorstellungen vom Frieden, in: W. R. Vogt, Mut zum Frieden, Über die Möglichkeiten einer Friedensentwicklung für das Jahr 2000, München 1990, S. 125-138.
- Frauen als Hoffnungsträger für den Frieden?, in: A. Graf (Hrsg.), Zur Politik des Weiblichen, Frauenmacht und -ohnmacht, Beitrag zur Innenwelt und Außenwelt, Wien 1990, S. 121-135.
- Children ask about the Reasons for War-Proposals for the Political Learning of Adults, in: B. Claußen, H. Müller (Hrsg.), Political Socialization of the Young in East and West, Frankfurt 1990, S. 41-48 (zus. mit Chr. Sure).
- Kinder fragen: Warum Krieg? Anregungen für politisches Lernen von Erwachsenen (zus. mit Chr. Sure), in: B. Claußen (Hrsg.), Poli-

tische Sozialisation Jugendlicher in Ost und West, Bonn 1990, S. 252-257.

- Vive l' Europe? Werden die neuen friedenspolitischen Chancen verpaßt? in: das baugerüst 3/90, S. 243-248.
- "... und dann hat man gar nicht mehr die Angst vor dem Krieg", Wehrdiensbereitschaft von Jugendlichen und Konsequenzen für die KDV-Arbeit, in: 4/3, Fachzeitschrift zu Kriegsdienstverweigerung, Wehrdienst und Zivildienst, Nr. 1/2, Juni 1990, S. 58-64.
- Erfahrungen im Ost-West-Dialog - Kommunale Möglichkeiten einer Streitkultur, in: H. Oberste-Lehn, W. Wende (Hrsg.), Handbuch Internationale Jugendarbeit, Interkulturelles Lernen, Düsseldorf 1990, S. 67-77.
- Wer geht zur Bundeswehr, Wer verweigert? in: H. Janning u.a. (Hrsg.), Kriegs-/Einsatzdienst -verweigerung in Ost und West, Essen 1990, S. 125-135.
- Gutachten in der Strafsache gegen Dr. Peter Augst wegen Volksverletzung und Beleidigung, Landgericht Frankfurt, 29. Kammer, Oktober 1989 ("Frankfurter Soldatenurteil") in: Sind Soldaten Mörder? Analysen und Dokumente zum "Soldatenurteil", hrsg. von Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Komitee für Grundrecht und Demokratie, Verein für Friedenspädagogik Tübingen, Humanistische Union, Tübingen 1990, S. 156-183, Auszüge in: Verein für Friedenspädagogik Tübingen, Rundbrief 1/90, S. 15-18 und in: PP-Aktuell, Informationsblatt der Sektion Politische Psychologie im BDP, 9. Jg. Nr. 3/90, S. 110-121.
- Zivil-militärischer Diskurs - ohne Richter!, Das "Soldatenurteil" aus sozialpsychologischer Sicht, in: Sind Soldaten Mörder? Analysen und Dokumente zum "Soldatenurteil", hrsg. von Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Komitee für Grundrechte und Demokratie, Verein für Friedenspädagogik Tübingen, Humanistische Union, Tübingen, 1990, S. 93-105.

- Rückfragen an die sozialtheoretische Betrachtung des Krieges aus der Sicherheits- der Friedensforschung, in: Ethik und Sozialwissenschaft, Streitforum für Erwägungskultur, 1. Jg. (1990), H. 4, S. 535-537.
- "Man sieht sich ein bißchen in der Rolle des Voyeurs", Interview (Dorothea Hahn) über psychologische Mobilmachung für einen Golfkrieg, in: die tageszeitung, 6.12.90, S. 12.
- Störung erwünscht: Frauen im KSZE-Prozeß, in: die tageszeitung, 24.12.1990 (World Media: Die neue Weltunordnung) Weihnachten 1990, S. 34-35.

### *Susanne Bund*

- Chronologie 1985-1989 (zus. mit D. Lehmkuhl), in: D. S. Lutz, E. Schmähling (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Internationale Diskussion, Baden-Baden 1990, S. 35-81.
- Bundesrepublik/DDR: Aktuelle Aufsätze zu ökonomischen, sicherheits- und europapolitischen Aspekten der Wiedervereinigung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 1/1990, S. 23-24 (Teil I) und Heft 2/1990, S. 105-106 (Teil II).
- Nationalitätenkonflikte in Osteuropa und der Sowjetunion, Literaturauswahl (zus. mit U. Schlichting), in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 3/1990, S. 153-155.

### *Hans-Georg Ehrhart*

- Ökonomische Aspekte des deutschen Vereinigungsprozesses, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 1/1990, S. 9-12.
- Modelle europäischer Sicherheit - Eine Dokumentation, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 45, Hamburg 1990.

- Die europäische Herausforderung. Frankreich und die Sicherheit Europas an der Jahrhundertwende, Baden-Baden 1990.
- Frankreich bleibt "Force de Frappe", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/1990, S. 1163-1165.
- Europäisierung der Sicherheit? Zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn, in: M. Strübel (Hrsg.), Wohin treibt Europa? Marburg 1990, S. 169-183.
- Zwölf Thesen zur Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und einer neuen europäischen Architektur, in: Evangelische Akademie Loccum, Zivilisierung des Konflikts II, Internationales Expertenkolloquium vom 22.-24. Juli 1990, Arbeitspapiere, Loccum 1990.
- Die UdSSR-Politik der EG: Integration oder Abhaltung?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 4/1990, S. 237-241.
- Zur Rolle der EG beim Aufbau einer europäischen Ordnung des Gemeinsamen Friedens, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Baden-Baden 1990, S. 319-339.
- Zur Funktionsweise der UNO als System kollektiver Sicherheit: Politische Erfahrungen, in: ebenda, S. 291-302.
- Wege zu einem gemeinsamen Frieden in Europa, in: D. Bald (Hrsg.), Europäische Friedenspolitik - Ethische Aufgaben, Baden-Baden 1990, S. 41-51.

*Thorsten Görrissen*

- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung und europäische Sicherheit, in: D. S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Baden-Baden 1990, S. 395-440.

### *Lothar Gutjahr*

- Wachsen oder Wuchern? Die Außenpolitik der CDU zwischen deutscher Wiedervereinigung und westeuropäischer Integration, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 1/1990, S. 30-34.
- Konservative Reaktionen auf das Ende von Jalta. Die Veränderungen der außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen in der CDU seit 1986, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Heft 47, Hamburg 1990.
- Die Wiener Verhandlungen stocken, in: Volkszeitung vom 18.5.1990.
- The Vienna Slow Down - oder: KSZE, VKSE und die Zukunft europäischer Sicherheit, in: Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.), Die Zivilisierung des Konflikts II, Internationales Expertenkolloquium 22.-24.6.1990, Arbeitspapiere, Loccum 1990.

### *Bhupendra Jasani*

- European arms control verification from space, in Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 51, Hamburg 1990.

### *Margret Johannsen*

- Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), in: IMSF (Hrsg.), Rüstung - Abrüstung - Frieden, Jahrbuch des IMSF 15, Frankfurt 1989, S. 431-437.
- Zur Zukunft Deutschlands, Reden vom 2. internationalen Ost-West-Workshop über Gemeinsame Sicherheit (hrsg. zus. mit M. Bartke), Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 44, Hamburg 1990.

- Beyond Deterrence through Common Security, in: F. Cerutti, R. Ragionieri (Hrsg.), Rethinking European Security, New York 1990, S. 44-58.
- European and Transatlantic Institutional Ties, in: S. R. Sloan, The United States and a New Europe: Strategy for the Future. CRS Report for Congress, Congressional Research Service, The Library of Congress, May 14, 1990, S. 39-60.
- Friedenserziehung in Schule und Studium, Unterrichtsmodell "Gemeinsame Sicherheit", Band 1 und 2, Pfaffenweiler 1990.
- Baupläne für Europa, Institutionen europäischer Sicherheit in den 90er Jahren, Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 2, Hamburg 1990.

*Lothar Jung*

- Die Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion unter Gorbatschow, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Nr. 50, Hamburg 1990.

*Roland Kaestner*

- Überlegungen zur künftigen Wehrstruktur deutscher Streitkräfte in einem Europa kooperativer Sicherheit, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 2/1990, S. 86-93.
- Überlegungen zu einer künftigen Wehrstruktur deutscher Streitkräfte in einem Europa kooperativer Sicherheit, in: D. S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Baden-Baden 1990, S. 233-271.

*Birgit Kreikemeyer*

- Der Europarat und der gesamteuropäische Prozeß, in: SÜDOST-EUROPA 10/1990, S. 609-623 (zus. mit M. R. Lucas).



*Michael R. Lucas*

- The Conference on Security and Cooperation in Europe and the Post-Cold War Era, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Heft 48, Hamburg 1990.

*Dieter S. Lutz*

- Den Ostblock als "Block" und "Feind" gibt es nicht mehr..., in: Frankfurter Rundschau Nr. 64 vom 16. März 1990, S. 16 f.
- Towards a European Peace Order and a System of Collective Security, in: Bulletin of Peace Proposals Vol. 21, No. 1, March 1990, S. 71-76.
- Brauchen wir noch deutsche Streitkräfte? Plädoyer des August-Bebel-Kreises für ein System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, Bonn 1990.
- Universitäten im Friedensdialog. Eine Austausch-Vorlesungsreihe zwischen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Hamburg zum Thema Gemeinsame Sicherheit, Baden-Baden 1990 (Mithrsg. mit P. Fischer-Appelt).
- Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Angriffsunfähigkeit, in: Fischer-Appelt, Peter/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Universitäten im Friedensdialog, Baden-Baden 1990, S. 9-20.
- Wieviel (deutsche) Soldaten braucht Europa?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1990, S. 18-22.
- "Alles, was fliegt, muß weg"? Luftstreitkräfte, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Abrüstung, in: Müller, Erwin/Neuneck, Götz (Hrsg.), Abrüstung und Konventionelle Stabilität in Europa, Baden-Baden 1990, S. 81-91.

- X - Gemeinsame Sicherheit Bd. V: Internationale Diskussion, Baden-Baden 1990 (Mithrsg. mit E. Schmähling).
- Ein Europa des Gemeinsamen Friedens mit der Sowjetunion?, in: Lutz, Dieter S./Schmähling, Elmar (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit Bd. V, Baden-Baden 1990, S. 13-21.
- Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Abrüstung. Das Beispiel "Luftstreitkräfte", in: Lutz, Dieter S./Schmähling, Elmar (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit Bd. V, Baden-Baden 1990, S. 253-268.
- X - Überleben durch Partnerschaft. Gedanken über eine friedliche Welt, Leverkusen 1990 (Mitverf. mit J. Galtung und W. Röhrich).
- Gemeinsamer Frieden. Zur Bewältigung grenzüberschreitender Gefahren durch ein System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, in: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.), Mut zum Frieden, Darmstadt 1990, S. 41-51.
- X - Sicherheitspolitik kontrovers Bd. I: Frieden und Sicherheit. Status Quo in Westeuropa und Wandel in Osteuropa, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990 (Mithrsg. mit W. Heisenberg).
- Frieden und Grundgesetz, in: Heisenberg, Wolfgang / Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers Bd. I, Bonn 1990, S. 162 - 168.
- Die NATO zwischen Status quo in Westeuropa und Wandel in Osteuropa, in: Heisenberg, Wolfgang / Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers Bd. I, Bonn 1990, S. 225 - 238.
- "Deutschland, einig Vaterland", in: Heisenberg, Wolfgang / Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers Bd. I, Bonn 1990, S. 398 - 404.

- Sicherheitspolitik kontrovers Bd. II: Neue Waffentechnologien, Politische und militärische Modelle der Sicherheit, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990 (Mithrsg. mit Wolfgang Heisenberg).
- Politische und militärische Modelle der Sicherheit, in: Heisenberg, Wolfgang / Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers Bd. II, Bonn 1990, S. 201 - 224.
- Thesen zur "Initiative Schweiz ohne Armee", in: Heisenberg, Wolfgang / Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers Bd. II, Bonn 1990, S. 273 - 278.
- Was ist Gemeinsame Sicherheit?, in: Heisenberg, Wolfgang / Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers Bd. II, Bonn 1990, S. 490 - 492.
- Defensive Zonen, in: Heisenberg, Wolfgang / Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers Bd. II, Bonn 1990, S. 561 - 566 (Mitverf.).
- Sicherheitspolitik kontrovers Bd. III: Konventionelle Militärpotentiale NATO / WP 1949 - 1986 aus offenen Quellen, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990 (Mithrsg. mit W. Heisenberg).
- Koncepcja systemu zbiorowego bezpieczenstwa Europy, in: Sprawy Miedzynarodowe 7-8/1990 (Warszawa), S. 21-34.
- Vom Abschreckungsregime zu einem System kollektiver Sicherheit in und für Europa, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Demokratische Streitkultur, Bonn 1990, S. 218-231.
- Krieg oder Frieden am Golf?, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 10/1990 (Mitverf.).

- Der Golfkrieg - das Grundgesetz - die Gemeinsame Sicherheit, in Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1990, S. 233-237.
- X - Gemeinsame Sicherheit Bd. VI: Kollektive Sicherheit, Gemeinsamer Frieden, Baden-Baden 1990 (Hrsg.).
- Deutsche Einheit - Europäische Sicherheit, oder: Brauchen wir (noch) deutsche Streitkräfte?, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit Bd. VI, Baden-Baden 1990, S. 49-90.

#### *Mathias Martin*

- Das Neue Politische Denken in der Außenpolitik der UdSSR, in: Arbeitshefte Nr. 85, Bonn 1989, S. 29-40.
- Die Haltung der Sowjetunion gegenüber einem System Kollektiver Sicherheit, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.) Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Baden-Baden 1990, S. 161-189.
- Sowjetische Sicherheitspolitik und Kollektive Sicherheit. 1917-1990, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Nr. 52, Hamburg 1990.

#### *Erwin Müller*

- X - "Abrüstung und Konventionelle Stabilität in Europa" (Mithrsg. zus. mit G. Neuneck), Baden-Baden 1990.
- Konventionelle Stabilität durch Strukturelle Angriffsunfähigkeit, in: E. Müller, G. Neuneck (Hrsg.), Abrüstung und Konventionelle Stabilität in Europa, Baden-Baden 1990, S. 75-80.
- Vertrauensbildung in Theorie und Praxis, in: P. Fischer-Appelt, D.S. Lutz (Hrsg.), Universitäten im Friedensdialog, Baden-Baden 1990, S. 61-67.

- Grundsatzprobleme Kollektiver Sicherheit: Historische Erfahrungen und Lehren für die Zukunft, in: D.S. Lutz (Hrsg.), *Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden*, Baden-Baden 1990, S. 93-113.

*Reinhard Mutz*

- Europäische Sicherheit jenseits der Abschreckung - Der Ausstieg aus der Apokalypse und die Rolle der beiden deutschen Staaten, in: P. Fischer-Appelt, D. S. Lutz (Hrsg.), *Universitäten im Friedensdialog - Eine Austausch-Vorlesungsreihe zwischen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Hamburg zum Thema Gemeinsame Sicherheit*, Baden-Baden 1990, S. 69-92.
- Abrüstung der konventionellen Kräfte in Europa, in: J. Calließ (Hrsg.), *Konventionelle Stabilität und vertrauensbildende Verteidigungskonzepte, Loccumer Protokolle 19*, Rehberg-Loccum 1990, S. 216-224.
- Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa - Vom Blocksystem zur Sicherheitsgemeinschaft, in: J. Calließ (Hrsg.), *Auflösung der Blöcke - Neue Ansätze für die Friedensgestaltung in Europa*, Loccumer Protokolle 23, Rehberg-Loccum 1990, S. 43-64.
- Konventionelle Stabilität und qualitative Rüstungsdynamik, in: E. Müller, G. Neuneck (Hrsg.), *Abrüstung und Konventionelle Stabilität in Europa*, Baden-Baden 1990, S. 119-133 (zus. mit G. Neuneck).
- Die deutsche Vereinigung und die europäische Sicherheit, in: G. Krell, E. Bahr, J. Schwerdtfeger (Hrsg.), *Friedensgutachten 1990*, Münster 1990, S. 154-169.
- Abrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa, in: G. Krell, E. Bahr, J. Schwerdtfeger (Hrsg.), *Friedensgutachten 1990*, Münster 1990, S. 216-231 (zus. mit E. Bahr).

- Europäische Sicherheit und deutsche Einheit - Zur Kritik Martin Müllers an der Stellungnahme des IFSH, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 3/1990, S. 171-176.
- Konventionelle Abrüstung und die Umstrukturierung der Verteidigungskonzepte - Stichworte und Fragen, in: J. Calließ (Hrsg.), Abrüstung und Strukturwandel - Wege zu einer Neuordnung des europäischen Sicherheitssystems, Loccumer Protokolle 16, Rehberg-Loccum 1990, S. 127-129.
- Die Lunte glimmt, in: Hamburger Morgenpost v. 5.12.1990, S. 4.

*Götz Neuneck*

- Die Zukunft des Friedens in Europa (Mithrsg. zus. mit H. Glubrecht, R. Grosse, M.P. Reich, C.F. von Weizsäcker), München 1990.
- Abrüstung und konventionelle Stabilität in Europa (Mithrsg. zus. mit E. Müller), Baden-Baden 1990.
- Ist der Irak nuklearwaffenfähig? (zus. mit M. Kalinowski u. W. Liebert), in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Nr. 3/1990, S. 176-183.
- Die neuen taktischen Nuklearwaffen der NATO in Europa, in: E. Müller, G. Neuneck (Hrsg.), Abrüstung und konventionelle Stabilität in Europa, Baden-Baden 1990, S. 101-118.
- Konventionelle Stabilität und qualitative Rüstungsdynamik (zus. mit R. Mutz), in: E. Müller, G. Neuneck (Hrsg.), Abrüstung und konventionelle Stabilität in Europa, Baden-Baden 1990, S. 119-134.
- Das Problem der Rüstungsmodernisierung bei konventionellen Streitkräften, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Nr. 4/1990, S. 221-230.

- Raketen im Golf - Ist der Geist schon aus der Flasche? - Informationen zur Trägerwaffenfähigkeit im Nahen und Mittleren Osten, in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden Nr. 3-4, Dezember 1990, S. 18-21 (zus. mit J. Scheffran).

#### *Ursel Schlichting*

- Die Entwicklungen in der Sowjetunion (zus. mit M. Martin) in: G. Krell, E. Bahr, J. Schwerdtfeger: Friedensgutachten 1990, Münster, Hamburg 1990, S.77-96.
- Nationalitätenproblematik und -politik in der Sowjetunion, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 3/90, S. 130-135.
- Nationalitätenkonflikte in Osteuropa und der Sowjetunion, Literatúrauswahl (zus. mit S. Bund), in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 3/1990, S. 153-155.

#### *Claudia Schmid*

- Der moderne Rentier-Staat im Vorderen Orient und seine Strategien der Krisenbewältigung (zus. mit P. Pawelka), in P. Pawelka, M. Aves (Hrsg.), Arabische Golfstaaten in der Krise, Frankfurt, 1990, S. 7-25.
- Plädoyer für eine Gemeinsame Südpolitik, in Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 2/1990, S. 113-118.
- Die Neubestimmung der Ost-West-Politik - Risiko oder Chance für die Dritte Welt?, in: D. S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Baden-Baden, 1990, S. 441-455.

*Bernd-Dieter Starke*

- Die politische und rechtliche Aktualität eines regionalen Systems der kollektiven Sicherheit (SKS) in Europa vor dem Hintergrund der Integration der Deutschen Demokratischen Republik in die Bundesrepublik Deutschland, in: D. S. Lutz (Hrsg.), *Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden*, Baden-Baden 1990, S. 133-146.



## 5. Anhang

### 5.1 Reihenübersicht

#### "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik"

- |      |   |  |
|------|---|--|
| Heft | 1 | Reinhard Mutz, Gemeinsame Sicherheit. Grundzüge einer Alternative zum Abschreckungsfrieden. März 1986.*  |
| Heft | 2 | Dieter S.Lutz, Gemeinsame Sicherheit. Zur Entstehung einer neuen Konzeption und zur bisherigen Resonanz in der Bundesrepublik. Mai 1986.*  |
| Heft | 3 | Peter Wilke/Herbert Wulf, Manpower Conversion in Defence Related Industry. A report prepared for the International Labour Office. Juni 1986.*  |
| Heft | 4 | Christiane Rix/Peter Wilke, Gemeinsame Sicherheit. Politische Strategie und alternatives Konzept. Juli 1986.*  |
| Heft | 5 | Reinhard Mutz, Common Security. Elements of an Alternative to Deterrence Peace. Engl. version of vol. 1, translated by Dennis Mercer. Sept. 1986.*   |
| Heft | 6 | William Kerby, The Impact of Space Weapons on Strategic Stability and the Prospects for Disarmament - A Quantitative Analysis. Okt. 1986.  |
| Heft | 7 | Hanne-Margret Birckenbach/Christoph Sure, "Warum haben Sie eigentlich Streit miteinander?" Kinder schreiben an Reagan und Gorbatschow über ihre Kriegsängste und Wünsche nach Frieden. Dez. 1986.* |
| Heft | 8 | Dieter S. Lutz, Common Security - the New Concept. Distinctive Features and Structural Elements of Common Security Compared with Other Security Policy Methods and Strategies. Dez. 1986.*         |
| Heft | 9 | Alexander Theilmann, Die Diskussion über militärische Defensivkonzepte. Entwicklungen, Inhalte, Perspektiven. Dez. 1986.*  |

- Heft 10 Christiane Rix, Ansätze für eine neue Sicherheitspolitik der DDR. Dez. 1986.\*
- Heft 11 Dieter S. Lutz, Security Partnership and/or Common Security? On the Origins and Development of a New Concept and on the Criticisms and Reactions to it in the FRG and GDR. Translated by Andrew Denison. Dez. 1986.\*
- Heft 12 Günther Baechler, EDI. "European Defence Initiative". Implications of Missile Defence in Europe for West German Security Policy (mit A. Statz). Dez. 1986.
- Heft 13 Dieter S. Lutz, Grundgesetz und Gemeinsame Sicherheit. Zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen Gemeinsamer Sicherheit nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. März 1987.\*
- Heft 14 Wolf Graf von Baudissin, Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Zum 80jährigen Geburtstag des Gründungsdirektors des IFSH. Mai 1987.\*
- Heft 15 Horst Fischer, Völkerrechtliche Normenbildung und sicherheitspolitische Konzeptionen. Aktuelle Rechtsquellenprobleme und die Implementation Gemeinsamer Sicherheit. Mai 1987.
- Heft 16 Tordis Batscheider, Star Wars: Das Ende der Abschreckung? Zur Rückführung einer aktuellen Streitfrage auf ihre grundsätzliche Bedeutung. Juni 1987.
- Heft 17 Pal Dunay, Hungary's Security Policy. Juni 1987.
- Heft 18 Hans Carl von Werthern, Die Außenpolitik neutraler Staaten in Europa und ihr Beitrag zur Entspannung. Juli 1987.
- Heft 19 Hartwig Spitzer (Hrsg.), Proceedings of the Workshop "Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties". Hamburg, Nov. 13/14, 1986, Part I. Juni 1987.

- Heft 20 Hartwig Spitzer (Hrsg.), Proceedings of the Workshop "Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties". Hamburg, Nov. 13/14, 1986, Part II. Juni 1987.
- Heft 21 Günther Baechler/Christiane Rix, Sicherheitspolitische Differenzierungsprozesse: Wandel der Rolle des Militärischen in den "Ost-Ost-Beziehungen". Nov. 1987.\*
- Heft 22 Dieter S. Lutz, Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit. Genesis, Definition und Kriterien Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit. Nov. 1987.\*
- Heft 23 Herbert Wulf, Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Die bestehenden Gesetze werden ausgehöhlt, umgangen, gebeugt und gebrochen. Dez. 1987.\*
- Heft 24 Veröffentlichungen 1971-1987 - Gesamtverzeichnis. Dez. 1987.\*
- Heft 25 Dieter S. Lutz, On the Theory of Structural Inability to Launch an Attack. Jan. 1988.\*
- Heft 26 Jahresbericht 1987. Febr. 1988.\*
- Heft 27 Gemeinsame Sicherheit und Friedliche Koexistenz. Ein gemeinsamer Report des IFSH (Hamburg) und des IPW (Berlin/ DDR) über ihre wissenschaftlichen Diskussionen. Mai 1988.
- Heft 28 Hanne-Margret Birckenbach, Die Überwindung von Feindschaft im Ost-West-Konflikt - zur politischen Psychologie einer Streitkultur. Juni 1988.
- Heft 29 Günter Bächler, Friedensfähigkeit von Demokratien, Demokratisierung der Sicherheitspolitik und Strukturelle Angriffsunfähigkeit. Juli 1988.
- Heft 30 Nick Fiorenza, The Balance of Forces in Central Europe. August 1988.
- Heft 31 Margret Johannsen/Dieter S. Lutz, Alternative Sicherheitskonzepte: Ein Thema für die Friedenserziehung. Eine Einführung mit Anregungen für Unterricht und Weiterbildung. September 1988.\*

- Heft 32 Andreas Pott, Europäische Sicherheit I - Gemeinsame Sicherheit als Strategiemodell für Europa? September 1988.
- Heft 33 Margret Johannsen/Herbert Wulf (Hrsg.), Dokumentation der Konferenz "Verantwortung für Frieden und Arbeit". Oktober 1988.
- Heft 34 Ludger Dünne, Zur Frage der Realisierung "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit" im Rahmen konventionell bewaffneter Landstreitkräfte. September 1988.
- Heft 35 Götz Neuneck, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und konventionelle Rüstungskontrolle. Wege zur Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses. Dezember 1988.\*
- Heft 36 Jahresbericht 1988. Februar 1989.
- Heft 37 Hanne-Margret Birckenbach, Die SPD-SED-Vereinbarungen über den "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit". Eine Fallstudie zu den Chancen und Schwierigkeiten kommunikativer Friedensstrategien. April 1989.
- Heft 38 Dieter S. Lutz, Basic Law, Security and Peace, Armament and Disarmament. September 1989.
- Heft 39 H.-G. Ehrhart/H. Bauer/A.P. Teicht, Sicherheitspartner im Werden? Frankreich und die Europäische Sicherheit. Oktober 1989.
- Heft 40 Axel Krohn/Dieter S. Lutz, Europäische Sicherheit II. Oktober 1989.
- Heft 41 Dieter S. Lutz, Luftstreitkräfte, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Abrüstung. November 1989.
- Heft 42 Roland Reimers, The technological aspects of remote sensing for verification purposes. Dezember 1989.
- Heft 43 Dieter S. Lutz, Deutsche Einheit - Europäische Sicherheit. März 1990.
- Heft 44 Matthias Bartke/Margret Johannsen (Hrsg.), Zur Zukunft Deutschlands. Januar 1990.
- Heft 45 Hans-Georg Ehrhart, Modelle europäischer Sicherheit. Januar 1990.
- Heft 46 Jahresbericht 1989. April 1990.

- Heft 47 Lothar Gutjahr, Konservative Reaktionen auf das Ende von Jalta. Mai 1990.
- Heft 48 Michael R. Lucas, The Conference on Security and Cooperation in Europe and the Post-Cold War Era. September 1990.
- Heft 49 Itshak Ledermann, Arms control and verification: Past development, German approaches to CFE verification and possible models of verification in the future. Oktober 1990.
- Heft 50 Lothar Jung, Die Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion unter Gorbatschow. Oktober 1990.
- Heft 51 Bhupendra Jasani, European Arms Control Verification From Space. Oktober 1990.
- Heft 52 Mathias Martin, Sowjetische Sicherheitspolitik und Kollektive Sicherheit, Dezember 1990.

\*) vergriffen

**"Hamburger Informationen zur  
Friedensforschung und Sicherheitspolitik"**

- Heft 1 Dieter S. Lutz/Tordis Batscheider, Was bedeuten SDI, BMD, ASAT, EUREKA, EVI, ATM, ABM? Eine Einführung in die Diskussion um die militärische Nutzung des Weltraums. September 1986.\*
- Heft 2 Dieter S. Lutz/Susanne Bund, Was heißt Frieden? Eine Einführung aus Anlaß des UN-Friedensjahres 1986. Juni 1987.
- Heft 3 Egon Bahr/Dieter S. Lutz/Erwin Müller/Reinhard Mutz, Defensive Zonen. Stellungnahme des IFSH zur Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Konventionellen Stabilität in Europa. Dezember 1987.\*
- Heft 4 Margret Johannsen, Die Doppelte Null-Lösung. Dezember 1987.\*

- Heft 5 Christiane Rix, Außenpolitische Aspekte des Neuen Denkens in der Sowjetunion. Januar 1988.
- Heft 6 Herbert Wulf, Was heißt Rüstungskonversion? Februar 1988.
- Heft 7 Dieter S. Lutz, 1949-1989. Das Friedensgebot des Grundgesetzes - Anspruch und Wirklichkeit im vierzigsten Jahr. Mai 1989.
- Heft 8 Dieter S. Lutz, Tiefflug - Daten, Fakten, Probleme, Alternativen. Juli 1989.
- Heft 9 Stellungnahme des IFSH zu den Verhandlungen "Zwei plus Vier": Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa - Vom Blocksystem zur Sicherheitsgemeinschaft. April 1990.
- Heft 10 Krieg oder Frieden am Golf? Stellungnahme des IFSH zur Golfkrise, November 1990.

\*) vergriffen

**"Pädagogische Informationen zur  
Friedensforschung und Sicherheitspolitik"**

- Heft 1 Jens Müller-Kent, Rüstungskonversion - Ein Thema für den Unterricht? März 1988.
- Heft 2 Margret Johannsen, Baupläne für Europa. Institutionen europäischer Sicherheit in den 90er Jahren. September 1990.

## **5.2 Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit"**

Die Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg hat die Durchführung von Forschung und Lehre, sowie die Pflege von internationalen Kontakten auf dem Grenzgebiet zwischen Naturwissenschaft und internationaler Sicherheit zum Ziel. Sie arbeitet eng mit dem IFSH zusammen.

Von der Volkswagen-Stiftung wurden Mittel zur Verfügung gestellt, die in folgende 4 Teilprojekte der Arbeitsgruppe fließen:

1. Mathematische Untersuchungen zu Abrüstung und Stabilität (Prof. W. Kerby, Dipl.-Phys. G. Neuneck, Dipl.-Phys. R. Reimers, Dipl.-Math. B. Ebbesen).
2. Verifikation von konventioneller Abrüstung in Europa mittels Fernsensoren (Prof. J. Bienlein, Prof. H. Spitzer, Dipl.Phys. R. Simmeth).
3. Rechnergestützte Bilddeutung als Werkzeug für die Vertragsverifikation (OSCAR-Projekt) (Prof. L. Dreschler-Fischer, Dipl.-Inf. C. Drewniok, Dipl.-Inf. H. Lange, Dipl.-Inf. Schröder).
4. Modernisierungstrends im Bereich konventioneller Rüstung (Prof. G. Lindström, Dr. O. Ischebeck, Dipl.-Phys. G. Neuneck).

Neben gemeinsamen Seminarveranstaltungen und Arbeitssitzungen am IFSH werden zusätzlich die Seminare 'Mathematik und internationale Sicherheit' und 'Physik, Rüstung und Internationale Sicherheit' durchgeführt. Die Mathematiker-Gruppe besuchte auf Einladung von Dr. Akimov eine Arbeitsgruppe an der Akademie der Wissenschaft/Moskau, die sich ebenfalls mit Modellierung und Simulation beschäftigt. Weitere Zusammenarbeit wurde vereinbart. Kooperationen bestehen bereits mit Gruppen in den USA (Princeton University, University of Maryland, Brookings Institution, Washington). Die Verifikationsgruppe beteiligte sich an verschiedenen Verifikationskonferenzen im In- und Ausland. Im

November fand in Hamburg ein von der Arbeitsgruppe organisiertes Treffen der von der VW-Stiftung geförderten Naturwissenschaftler-Projekte statt. Im Laufe des nächsten Jahres wird eine eigene Schriftenreihe der Arbeitsgruppe aufgelegt.



### **5.3 Kontakte des IFSH - eine Auswahl**

- Amerika-Haus, Hamburg
- American Institute for Contemporary German Studies, The John Hopkins University, Washington, USA
- Arbeitsgruppe Friedensforschung, Universität Tübingen
- Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
- Arbeitskreis Marburger Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung, Marburg/Lahn
- Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)
- Australian National University, Research School of Pacific Studies, Canberra, Australien
- Berghof-Stiftung, Berlin
- Birkbeck-College, University of London, Großbritannien
- Brookings Institution, Washington, USA
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Center of Peace and Conflict Research at the University of Copenhagen, Dänemark
- Centre Interdisciplinaire des Recherches sur la Paix et d'Etudes de Sécurité (CIRPES), Paris, Frankreich
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn
- Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft, Hamburg
- Europäisches Parlament, Straßburg / Brüssel, Frankreich / Belgien
- European Institute for Security, Luxemburg
- Federation of American Scientists (FAS), Washington, USA
- Fondation pour les Etudes de Défense Nationale, Paris
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
- Forum Informatik für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Hamburg
- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Hamburg
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Düsseldorf
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt

- Humboldt-Universität zu Berlin
- Innovations- und Technologieberatungstelle, IG-Metall
- Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris, Frankreich
- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr-Universität Bochum
- Institut für Lehrerfortbildung, Hamburg
- Institute for Defence Studies and Analysis, Neu Delhi, Indien
- Institute for East-West-Security Studies, New York
- Institute for Peace and International Security (IPIS), Cambridge, Mass., USA
- Institute for Policy Studies (IPS), Washington, USA
- Institute for World Policy, New York, USA
- Inter Nationes, Hamburg
- International Institute for Strategic Studies (IISS), London, Großbritannien
- King's College, Department of War Studies, London, Großbritannien
- Landesverteidigungsakademie, Wien, Österreich
- Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg
- Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA
- MacArthur-Foundation, Chicago, USA
- Naturwissenschaftler für den Frieden, Hamburg
- Österreichisches Institut für Friedensforschung, Stadtschlaining, Österreich
- Ostkolleg, Köln
- Peace Research Institute Oslo (PRIO), Norwegen
- Purdue University, Indiana, USA
- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI), München
- Stiftung Volkswagenwerk, Hannover
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm, Schweden
- Tampere Peace Research Institute (TAPRI), Finnland
- UNESCO-Institut für Pädagogik, Hamburg
- United Nations Institute for Disarmament and Development Research (UNIDIR), Genf, Schweiz

- **Universität der Bundeswehr, Hamburg**
- **Universität der Bundeswehr, München**
- **University of St. Louis, Missouri, USA**
- **Verein für Friedenspädagogik, Tübingen**
- **Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), Berlin**

## 5.4 Resonanz auf die Arbeit des IFSH (eine Auswahl)

Frankfurter Allgemeine Zeitung

vom 17.11.1990

# Bahr: Die EG muß sich nach Osten öffnen

## „Bundeswehr steht vor ihrer bisher größten Reform / Ein Kolloquium

mtz. HAMBURG, 16. November. Deutschland steht vor einer weiteren, beträchtlichen Reduzierung seiner Streitkräfte, die über bisherige Pläne weit hinausreicht. Diese Prognose ist, wie der sozialdemokratische Abrüstungsexperte Bahr nach einem Kolloquium über eine Europäische Friedensordnung in Hamburg sagte, im Kreise von deutschen Militärs, Wissenschaftlern und Politikern nicht umstritten.

Bahr, der zugleich Direktor des Hamburger Institutes für Friedens- und Konfliktforschung ist, hält die beabsichtigte Reduzierung der Bundeswehr auf 370 000 Mann deshalb nicht für ausreichend, weil diese dann immer noch einen „riesigen erratischen Block“ in Mitteleuropa darstelle.

„Die Bundeswehr wird die größte Reform ihrer Geschichte erleben“, prophezeite Bahr. Dabei werde auch ihre einseitige Gewichtung eine Rolle spielen. Auf zwei Dritteln des deutschen Territoriums, in den „alten Bundesländern“, stünden fünf Sechstel der Streitkräfte. „Steht der Feind im Westen?“ fragte Bahr. Er plädiert für eine Bundeswehr in einer Stärke von einer viertel Million Soldaten. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Lamers hingegen hält eine zahlenmäßige Festlegung noch für verfrüht.

Weitgehende Einigkeit haben die Kolloquiums-Teilnehmer bei der Einschätzung der europäischen Situation nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes erzielt. Bisher habe die gegenseitige Bedrohung zu einer „einfachen, stabilen, aber gefährlichen Lage“ geführt. Nun müsse

diese als „entspannter, sicherer, aber auch instabiler“ angesehen werden. Instabilität gehe von der Gefahr einer neuen Völkerwanderung aus. „Wie sollen wir uns verhalten, wenn Millionen von Bewohnern der vom Verfall bedrohten Sowjetunion, aber auch Polen und Südosteuropäer nach Westen drängen?“

Die Europäische Gemeinschaft stehe vor der Alternative, sich entweder „feudaler und komfortabler bei sich einzurichten“ oder aber sich gegenüber dem Osten zu öffnen. „Der Preis der europäischen Stabilität ist die Hilfe für den Osten“. Bahr sieht mittelfristig den Zwang, die Nato, die jetzt noch den Deutschen Sicherheit und ihren Nachbarn Sicherheit vor den Deutschen garantiere, durch eine europäische Institution zu ersetzen, die auch die Sowjetunion einschließen müsse.

Generell haben die Teilnehmer die Notwendigkeit erkannt, den Sinn der Streitkräfte „völlig neu zu definieren“. Bahr sprach sich grundsätzlich für die Beibehaltung einer allgemeinen Wehrpflicht aus. Bei einer erheblichen Reduzierung der Bundeswehr müßten dann aber die Dienstzeiten soweit reduziert werden, daß eine vernünftige Ausbildung aller Wehrpflichtigen nicht mehr möglich sei. Dann sei darüber nachzudenken, ob nicht die Wehrpflicht durch eine weiter gefasste Dienstpflicht ersetzt werden müsse, die jungen Männern alternativ und gleichrangig auch soziale Aufgaben aufbürde, die bisher von Wehrdienstverweigerern erfüllt wurden.

# Angst vor der heimlichen Aufrüstung

## Egon Bahr mit Professorentitel geehrt

Egon Bahr, Direktor des Instituts für Friedensforschung an der Universität Hamburg, macht sich Sorgen um die Abrüstung. „Sie sind heute größer als noch vor einem Monat“, sagte er, als ihm gestern vom Senat der Ehrentitel Professor verliehen wurde.

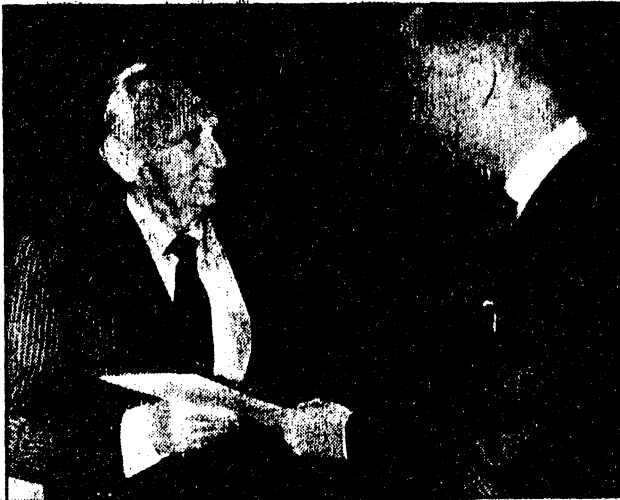
Fast unbemerkt, so SPD-Mitglied und Bundestagsabgeordneter Bahr, gehe das Rennen um die Entwicklung neuer Waffen weiter. Dabei handele es sich neben konventionellen und atomaren vor allem um chemische und biologische Kampfmittel. Es gebe chemische Waffen, die in der Lage seien, großflächig Schnee und Eis abzuschmelzen und das in die Flüsse und ins Grundwasser strömende Wasser so zu verunreinigen, daß kein Wasserwerk es wieder aufbereiten könne. „Diese technische Fortsetzung des Wettrüstens geht weit über das hinaus, was zur Abrüstung derzeit auf dem Tisch liegt“, sagte Bahr.

Die Motive lägen zum großen Teil im

nach wie vor bestehenden Blockaden auf beiden Seiten. Bei dem für Ende Mai geplanten Gipfeltreffen zwischen George Bush und Michail Gorbatschow schlägt nach Bahrs Ansicht „die Stunde der Wahrheit“. Dann werde sich zeigen, ob die beim Treffen in Malta begonnene Kooperation fortgesetzt werde.

Zum Thema deutsche Einheit meinte Bahr, gesamtdeutsche Wahlen ohne eine neue Verfassung seien für ihn undenkbar. Sowohl über die Präambel, als auch über die Artikel 23 und 114 sowie über das Weiterbestehen des Abtreibungsparagrafen 218 müsse vorher Klarheit herrschen.

Bürgermeister Henning Voscherau sagte beim Überreichen der Professorenrkunde, der Senat wolle Bahr für dessen drei Jahrzehnte währende Arbeit für Frieden und Abrüstung ehren. FDP und CDU hatten sich gegen die Ehrung mit dem Professorentitel ausgesprochen.



Gestern vormittag im Amtszimmer des Bürgermeisters: Henning Voscherau (rechts) überreicht Egon Bahr die Urkunde über den vom Senat „einmütig, nicht einstimmig“ verliehenen Ehrentitel

## Bahr-Konzept für europäisches Sicherheitssystem

Eine zentraleuropäische Sicherheitsgemeinschaft als künftiges Sicherheitssystem im Herzen des Kontinents hat der SPD-Abrüstungspolitiker Egon Bahr vorgeschlagen. In seiner Funktion als Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität legte Bahr vor Journalisten ein Konzept vor, nach dem eine solche Gemeinschaft aus dem künftigen Gesamtdeutschland, den drei Benelux-Ländern, Dänemark, Polen, der Tschechoslowakei und Polen bestehen würde. Es könne sich dabei um eine Zwischenlösung bis zum Entstehen einer gesamteuropäischen kollektiven Friedensordnung handeln.

Die Studie sieht vor, daß die beiden Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt für einige Jahre, wenn auch in reduziertem Umfang, weiterbestehen. Für eine Übergangszeit könnten auch Truppen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion weiter auf deutschem Boden stationiert bleiben. Grundsätzlich sei jedoch anzustreben, daß „fremde Truppen nicht mehr auf fremdem Territorium stehen“. Auf dem Gebiet der Mitgliedsländer sollen keine Kernwaffen stationiert sein. Die Gemeinschaft könne weiteren Mitgliedern aus dem Bereich der neutralen Staaten, zum Beispiel Österreich und der Schweiz, offenstehen.

Nach den Vorstellungen Bahrs könnten an der Spitze dieser Gemeinschaft ein Ministerrat als politisches Leitungsgremium und eine Sicherheitskommission stehen. Die Studie wurde im Hinblick auf den Beginn der „Zwei plus vier“-Verhandlungen zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und der beiden deutschen Staaten veröffentlicht, die am 5. Mai auf der Ebene der Außenminister aufgenommen werden. ub

### Plädoyer für europäische Sicherheitsgemeinschaft

HAMBURG, 27. April. Für eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft, die die beiden Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt ablösen soll, spricht sich ein Grundsatzpapier des Hamburger Instituts für Friedensforschung aus, das der Institutsleiter Egon Bahr am Freitag in Hamburg veröffentlichte. Nach den Veränderungen in Europa gehe es jetzt um die Alternative, entweder die bisherigen Blöcke und die damit verbundene Konfrontation beizubehalten, oder aber eine europäische Lösung zu suchen, sagte Bahr. Er wandte sich dagegen, daß gegenwärtig zu viel von Übergangslösungen gesprochen werde, nicht aber von den Zielen, die angestrebt werden müßten.

Die in dem Papier angesprochene Sicherheitsgemeinschaft soll – unter „zeitweiliger Fortdauer der militärischen Anwesenheit der Weltmächte“ – zunächst auf acht Mitglieder beschränkt werden: Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Belgien und Luxemburg, Polen, die CSFR und Ungarn. Zu den Pflichten dieses Systems soll unter anderem der Verzicht auf Atomwaffen und die Begrenzung der Rüstung gehören. Vollendet werde die Sicherheitsgemeinschaft aber erst, wenn sie sich auf ganz Europa erstrecke.

# Sensationeller Sicherheitsplan für Europa

*Zentraleuropäische Sicherheitsgemeinschaft soll Diskussion um Nato-Deutschland und neutrales Deutschland überflüssig machen / Egon Bahrs Hamburger Friedensforschungsinstitut nennt Ziel und Weg für eine friedliche Zukunft Europas / Abrüstung um 80 Prozent*

## Aus Hamburg Florian Marten

„Wir haben eine Übergangslösung hinter uns, die hat 40 Jahre gedauert.“ Egon Bahr, altgedienter SPD-Entspannungspolitiker und Chef des Hamburger Friedensforschungsinstitutes IFSH hat die Nase voll von Übergängen: „Ich muß wissen, wohin ich gehe, wenn ich losmarschiere.“ Dieses Wissen vermißt er bei den gegenwärtigen Diskussionen um die Sicherheitszukunft Europas, die sich auf die Alternative neutrales Groß-Deutschland oder Nato-Groß-Deutschland zuspitzt hat.

Das ISFH hat gestern ein eigenes europäisches Sicherheitskonzept vorgelegt, um sich in die am 5. Mai beginnenden 4+2-Verhandlungen einzumischen. Das Konzept ist ebenso revolutionär wie großmachtfreudlich: Nicht die Amis und die Sowjets sollen die europäische Sicherheit garantieren, sondern eine eigene, neu aufgebaute europäische Sicherheitsgemeinschaft. Und Egon Bahr nennt rhetorisch die Alternati-

ve: „Oder ich dehne das alte konfrontative System nach Osten aus: Wo ist dann aber der Gegner, wo die Grenze, an der die eigenen Truppen stationiert werden? Die Oder-Neiße-Grenze? Die sowjetische Grenze?“

Nein, die Zeit der europäischen Ost-West-Konfrontation sei vorbei, Nato und Warschauer Pakt „haben ihren Zweck erfüllt“, Neues müsse an ihre Stelle treten. Als realistische Keimzelle dieser neuen europäischen Sicherheitsgemeinschaft sehen die AutorInnen des IFSH-Konzepts „Zentraleuropa“, das sind: das vereinte Deutschland, die Benelux-Staaten, Dänemark, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn.

Indieser „Region überhöhter Gefährdung“ (Waffen- und SoldatInnenkonzentration wie sonst nirgends auf der Welt), die gegenwärtig auch Gegenstand der Wiener Abrüstungsverhandlungen ist, soll „eine multinationale Sicherheitsorganisation, die kein Bündnis ist“ neu entstehen.

Ihr oberstes Entscheidungsor-

gan, ein Sicherheitsrat, in welchem alle Länder vertreten sind, soll die Militär- und Abrüstungspolitik der Staaten der Sicherheitsgemeinschaft bestimmen. Die radikale Abrüstung auf nur noch 500.000 statt bisher 2,5 Millionen Soldaten (so die weitreichendste Variante) in der Sicherheitsgemeinschaft soll vom Aufbau einer gemeinsamen militärischen „Euro-Polizei“ begleitet werden.

Diese soll zum schnellen Eingreifen bei Bedrohung von außen beziehungsweise bei Vertragsverletzungen im Innern fähig sein.

Die nationalen Restarmeen (in Gesamtdeutschland noch 105.000 statt heute 615.000 SoldatInnen) sollen dagegen zum Eingreifen überhaupt nicht mehr in der Lage sein. Sie sollen „ein Höchstmaß an Verteidigungseignung mit einem Höchstmaß an Untauglichkeit zur weiträumigen Offensive verbinden“, sagt der Abrüstungsexperte Bahr. Für eine Übergangszeit bleiben die Staaten der neuen 8er-Gemeinschaft parallel in ihren alten

Militärblöcken, wären auch immer noch „fremde Truppen auf fremden Territorien stationiert“ — ein Zustand, den sich Egon Bahr „auf Dauer nicht vorstellen kann“.

Der Vorschlag, das weiß Bahr, bedeutet eine Abfuhr für die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, die sich bislang als alleinauthorisierte Weltpolizisten fühlen. Mit einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft, die von Zentraleuropa schrittweise weiterwächst und eines Tages ganz Europa „vom Ural bis zum Atlantik“ erfaßt, wäre ein neues Zeitalter der Welt-Militärstrukturen angebrochen.

Egon Bahr, der glaubt, in dem Konzept seines Instituts werde „buchstabiert, was der Bundesaußenminister Genscher so gemeinhin sagt“, ist optimistisch hinsichtlich der Realisierung seiner Vorschläge: „Die Logik führt dazu“.

Im Idealfall könnten schon die europäischen Helsinki-II-Verhandlungen im Frühjahr 1992 das Vertragswerk einer Sicherheitsgemeinschaft verabschieden. Die Voraussetzung ist allerdings, daß das Konzept der Hamburger Friedensforscher möglichst schnell Eingang in den offiziellen Prozeß politischer Willensbildung findet.

dpa vom 30.08.1990

# Die Friedensforscher sind noch nicht zufrieden

## Sie wollen mehr Geld für Entwicklungshilfe

BONN (dpa). Drastische Senkung der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung haben die führenden deutschen Friedensforschungsinstitute gefordert. Die frei werdenden Mittel sollten für die Lösung der Umwelt- und der Entwicklungsländerproblematik eingesetzt werden, heißt es in einem am Donnerstag in Bonn vorgelegten Gutachten der drei deutschen Institute. Militärische Großprojekte wie der Jäger 90 seien sofort einzustellen.

Auch der Golfkonflikt ändere nichts an der Notwendigkeit, Mittel aus der Abrüstung für die Bewältigung der vielfältigen nichtmilitärischen Bedrohungen der Menschheit zu nutzen, sagte Gert Krell von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) bei der Vorstellung. Die Forscher des HSFK, des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und der

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) kommen in ihrem Gutachten außerdem zu dem Ergebnis, daß die Erfolge der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung nicht über die Lücken des Rüstungskontrollprozesses hinwegtäuschen könnten. Unter anderem sei ein Abkommen über die vollständige Vernichtung von Chemiewaffen immer noch nicht abgeschlossen worden. Die umweltzerstörenden Atomtests würden trotz aller Proteste fortgesetzt.

Die Bundesregierung solle ihre Bemühungen um internationale Vereinbarungen zum Schutz der Atmosphäre verstärken. Angesichts der sich rapide verschlechternden Lage der Entwicklungsländer müßten deren Schulden in größerem Umfang als bisher erlassen werden. Außerdem solle sich die Bundesregierung für eine möglichst schnelle Assoziation der osteuropäischen Länder mit der EG einsetzen.

## Bonn soll für Rüstungsforschung weniger und gegen Hunger mehr ausgeben

Friedensgutachten 1990 vermißt Konsequenz aus Entspannung / Konversionsfonds für Europa und verstärkten Schuldenerlaß gefordert / „Aus Jäger 90 aussteigen“

10 Von unserem Redaktionsmitglied Edgar Auth

FRANKFURT A.M., 30. August. Die Bundesregierung soll für militärische Forschung ab sofort weniger Geld ausgeben und die freiwerdenden Mittel für die Lösung von Umweltproblemen und die Bekämpfung von Hunger, und Schulden in den armen Ländern der Welt einsetzen. In dieser „dringenden“ Forderung fassen die drei führenden Friedensforschungsinstitute der Bundesrepublik ihr Friedensgutachten 1990 zusammen, das am Donnerstag veröffentlicht wurde.

Trotz des Endes des Kalten Krieges und der Umwälzungen in Osteuropa seien die Haushalte für die Entwicklung neuer Rüstungstechnologien auch in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen. Es entstünden dabei Streitkräfte, die nicht weniger bedrohlich als die bisherigen seien, nach dem Motto „leaner but meaner“ (magerer, aber niederträchtiger, d. Red.). Die NATO-

Länder gäben der Rüstungsindustrie falsche Signale. „Durch das Festhalten an Projekten, die in einer völlig anderen Situation geplant wurden — wie SDI (Weltraumwaffen, d. Red.) in den USA oder (dem Kampfflugzeug) Jäger 90 in Westeuropa — wird den interessierten Firmen signalisiert, die Großprojekte laufen weiter“, heißt es in dem Gutachten. Die Autoren fordern den sofortigen Ausstieg aus dem Jäger 90-Projekt.

Derzeit greife die Rüstungsindustrie zu Entlassungen, um den veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen. Rund 100 000 Arbeitsplätze seien in den vergangenen drei Jahren in Westeuropa verlorengegangen, weiteres Schrumpfen sei absehbar. Massenentlassungen werden auch aus den USA gemeldet. Millionen Soldaten würden demobilisiert. Um soziale und wirtschaftliche Unzumutbarkeiten zu vermeiden, sei staatliches Gegensteu-

ern nötig. Die Gutachter empfehlen nationale Konversionspläne, um der Rüstungsindustrie Anreize zum Ausstieg zu bieten. Weiter schlagen sie einen westeuropäischen Konversionsfonds, gespeist aus den jeweiligen Rüstungsetats, vor.

Für lückenhaft halten die Friedensgutachter die Rüstungskontrolle. Die START-Verhandlungen über die begrenzung strategischer Atomwaffen seien hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Ein Abkommen über die vollständige Vernichtung der Chemiewaffen fehle. An der Verbreitung von Chemiewaffen- und Atomtechnologie seien deutsche Unternehmen „in vorderer Linie“ beteiligt. Atomtests zerstörten weiter die Umwelt.

Gert Krell, Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), sagte bei der Präsentation des Gutachtens in Bonn, „daß der Golfkonflikt nichts an der Notwendig-

keit ändert, die durch das Ende des Ost-West-Konflikts freigewordene Friedensdividende für die Bewältigung der vielfältigen nichtmilitärischen Bedrohungen der Menschheit zu nutzen“.

Bonn müsse sich mehr um eine internationale Vereinbarung zur Reduzierung von Schadstoffen bemühen. Zur Hälfte werde der Treibhauseffekt durch CO<sub>2</sub> (Kohlendioxid) verursacht, das bei der Verbrennung fossiler Energieträger entstehe.

Da die Industriestaaten weit mehr Energie verbrauchten als die Entwicklungsländer müßten sie auch überdurchschnittlich zur CO<sub>2</sub>-Verminderung beitragen, heißt es im Friedensgutachten. Die notwendigen Regelungen einer Klimakonvention könnten unpopuläre Eingriffe in den Verbrauchs- und Produktionssektor nötig machen. Es müsse verhindert werden, daß Politiker Verzögerungen mit

dem wissenschaftlichen Streit um Ursachen begründeten.

1989 sei erstmals die westliche Entwicklungshilfe vor allem aufgrund von Kürzungen der USA um 3,3 Prozent auf 46,5 Milliarden Dollar gefallen. Inklusive Investitionen und Privatkrediten seien insgesamt 110 Milliarden in die Dritte Welt geflossen. Dagegen hätten die armen Länder für Zinsen und Rückzahlungen 183 Milliarden, also das Vierfache der Entwicklungshilfe aufwenden müssen. Die Friedensforscher empfehlen Bonn, „in größerem Umfang als bisher diesen Ländern ihre Schulden zu erlassen“.

Neben der HSFK gehören zu den Herausgebern die Heidelberger Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) und das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

## Experten: Rüstungsausgaben drastisch senken - Keine militärische Offensive am Golf

# „Friedensdividende“ für Umwelt und Dritte Welt schaffen

Von Erich Hauer

Bonn. Die deutschen Friedensforschungsinstitute fordern die Bundesregierung auf, die für militärische Forschung und Entwicklung vorgesehenen Gelder drastisch zu senken und die freiwerdenden Mittel als „Friedensdividende“ zur Lösung der Umweltproblematik und der Krisen in den Entwicklungsländern einzusetzen.

Der Sicherheitsexperte der

SPD im Bundestag, Egon Bahr, sagte gestern bei der Vorstellung des „Friedensgutachtens 1990“, es sei wirtschaftlich „verrückt“, in Ost und West trotz der nun in Gang gekommenen Abrüstung weiterhin Gelder für die Modernisierung und Entwicklung neuer Waffen auszugeben.

Vor der Bonner Presse erläuterten die Friedensforscher, auch die Golfkrise ändere nichts an der Notwendigkeit,

die durch das Ende des Ost-West-Konflikts freigewordenen Mittel für die vielfältigen, nichtmilitärischen Bedrohungen der Menschheit zu nutzen. Zur aktuellen Lage am Golf vertreten die Friedensforscher den Standpunkt, den Konflikt nicht in eine militärische Offensive auszuweiten sondern es bei den wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Aggressor Irak zu belassen.

Besonderes Gewicht messen

die Friedensforscher der weiteren Entwicklung der KSZE-Politik und dem Ausbau der Europäischen Gemeinschaft bei. Diese sollte sich der Assoziierung der osteuropäischen Staaten öffnen, Wirtschafts- und Finanzhilfe leisten, besonders mit Polen, Ungarn und der CSFR Schuldenmoralen verabreden und solche Hilfen möglichst bald auch für die Sowjetunion realisieren. Die deutsche Wiedervereinigung

werde zum Experimentierfeld für das Zusammenwachsen des wirtschaftlich und psychologisch noch immer geteilten Europa.

In ihrem Gutachten fordern die Forscher schließlich die Bundesregierung auf, den Rüstungsexport in die Dritte Welt sofort zu stoppen und dafür entwicklungspolitische Vorhaben zu verstärken. Die wirtschaftliche und soziale Lage der meisten Entwick-

lungsländer habe sich in den letzten zwölf Monaten drastisch verschlechtert, „die Ökologieproblematik hat sich weiter verschärft“.

Unter Hinweis auf die KSZE-Gipfelkonferenz im November erwarten die Friedensforscher, wie Egon Bahr sagte, die Ratifizierung eines „bündnisüberwölbenden Vertrages“ und die Bildung einer internationalen Friedensbehörde.



# Militärforscher sollen „drastisch“ sparen

„Friedensgutachten 1990“ warnt vor Überschätzung bisheriger Abrüstungsschritte / START-Verhandlungen „hinter den Erwartungen zurückgeblieben“

Von Andreas Zumach

Genf (taz) — Drei große Friedensforschungsinstitute der Bundesrepublik haben die Bundesregierung „dringend“ dazu aufgefordert, die in den nächsten Jahren von der Bundesregierung für militärische Forschung und Entwicklung vorgesehenen Ausgaben „drastisch“ zu reduzieren. Auch der aktuelle Golfkonflikt ändere „nichts an der Notwendigkeit, die durch das Ende des Ost-West-Konflikts freigewordene Friedensdividende für die Bewältigung der vielfältigen nichtmilitärischen Bedrohungen der Menschheit zu nutzen“, heißt es im gestern vorgelegten „Friedensgutachten 1990“. Das Gutachten wurde gemeinsam verfaßt von der „Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung“ (HSFK), dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (ISFH) sowie der Hei-

delberger „Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft“ (FEST).

Militärische Großprojekte wie der Jäger 90 seien „sofort einzustellen“, fordern die Institute. Vor allem die Entwicklungskosten für dieses Waffensystem haben zu dem Rekordanstoß von 4,1 Milliarden DM für militärische Forschung im Entwurf für den Bundeshaushalt 1991 geführt. Das bedeutet eine Steigerung seit 1982 um 69,7 Prozent. Für zivile Forschung ergibt sich nach den Bonner Ausgabenplanungen für den Zeitraum 1982 bis 1991 nur eine Erhöhung der Mittel um 24,7 Prozent. Durch Reduzierung der militärischen Forschungsausgaben freiwerdende Gelder sollten „für die Lösung der Umwelt- und Entwicklungsländerproblematik“ eingesetzt werden, heißt es in dem Gutachten.

„Trotz aller positiven Entwicklungen zwischen Ost und West“ sehen

die FriedensforscherInnen noch eine „erhebliche Liste negativer Trends“. Bisherige Erfolge bei Rüstungsbegrenzung und Abrüstung könnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Rüstungskontrollprozeß „insgesamt noch erhebliche Lücken“ aufweise. Die START-Verhandlungen seien „weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben“. Stattdessen hätten sich „deutsche Unternehmen in vorderster Linie an der Weiterverbreitung von C-Waffen und Nukleartechnologie beteiligt“. Die FriedensforscherInnen kritisieren auch, daß „die umweltzerstörenden Atomtests trotz aller Proteste fortgesetzt werden“. Der „rasante Einigungsprozeß Deutschlands“ werde „zum Experimentierfeld für das Zusammenwachsen des wirtschaftlich und psychologisch noch immer geteilten Europa“, heißt es in dem Friedensgutachten. Das vereinte Deutschland habe die Aufgabe, insbesondere im Rahmen

der KSZE „unverzüglich mit der Entwicklung von Strukturen für eine Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa zu beginnen“.

Die im letzten Jahr „weitere dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Entwicklungsländern“, die „Verschärfung der globalen Ökologiesituation und andere nichtmilitärische Bedrohungen“ erfordern „nicht nur notwendige Aufmerksamkeit“, schreiben die FriedensforscherInnen. Sie fordern von der Bundesregierung „verstärkte Bemühungen um internationale Vereinbarungen zur Verhinderung dramatischer Klimaveränderungen durch strenge nationale Gesetze sowie durch Programme für eine drastische Einsparung von Primärenergie“. Gegenüber „Drittwelländern“ seien ein „Schwächerlaß in größerem Umfang als bisher“ und „gerechtere Wirtschaftsbeziehungen“ notwendig.

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 31.08.1990

10

Zum Jahresgutachten der Friedensforscher

## Nützliche Lektüre für Militärs

Die berühmte Berliner Schnauze weiß auch die Hektik des politischen Wandels treffend zu kommentieren: „Das geht alles so schnell, daß einem die Worte im Munde alt werden.“ Opfer dieser eiligen Wirklichkeit sind auch die drei Friedensinstitute geworden, darunter die Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg, die in dieser Woche in Bonn ihr Jahresgutachten 1990 vorlegten.

Saddam Hussein hatte sie genarrt, denn kurz nach Redaktionsschluß für die Expertise schlug er in Kuwait zu und wendete damit den auf 300 Seiten beschriebenen Trend zum Frieden ins Gegenteil. Nun machen wieder säbelrasselnde Vorverteidigung, Präventiv- oder gar Enthauptungsschläge Schlagzeilen und drängen das Menetekel der Friedensforscher in den Medienschaufenster, nämlich die Erkenntnis: Das eigentliche Sicherheitsrisiko ist der Feind in uns und niemand sonst.

Das ist zu nüchtern begründet, als daß es nur nach Moral riechen würde. Von

der Sicherheitspolitik gehört manches auf den Denkmüll, weil die Risiken der Menschheit heute auf anderen Ebenen als auf der militärischen liegen. Als ökologische Raubritter nämlich, als Freunde von Feindbildern, als neue Mauerbauer an der Wohlstandsgrenze zwischen Nord und Süd und als zögernde Abrüstungsmuffel sind wir Gegner von uns selbst. Schließlich lassen sich solche Probleme nicht abschließen, die Schar der Ökoflüchtlinge läßt sich nicht mit Waffengewalt auf zerstörtem Boden halten, der Zerfall an Staatlichkeit in den verschuldeten Entwicklungsländern nicht mit Minensuchbooten aufhalten. Das macht Panzer nahezu machtlos, und der Feind in uns ist selbst gegenüber Präzisionsraketen immun. Es gilt also, den Sicherheitsbegriff weitgehend zu militarisieren.

Darum ist dieses Gutachten auch für Militärs eine gute und nützliche Lektüre, auch wenn Saddam Husseins Raubzug diesen neuen Horizont mit einem Fragezeichen zu versehen scheint. Ohne Frieden mit der Natur werden Wasser, Luft

und Boden knapp. Die Menschen macht das unfriedlich. Und die Industrieländer werden auch als gepanzerte Wohlstandsinseln in einem Meer von Armut ihren Frieden kaum sichern können. Die Weichen der Sicherheitspolitik sind also neu zu stellen.

Dafür sind zunächst die Altlasten vergangener Ost-West-Feindschaft zu entsorgen. So muß die Rüstungskontrolle endlich auch die Seerüstung einbeziehen, darf der Abbau der konventionellen Streitkräfte nicht länger hinter der politischen Entwicklung herhinken und sind die nuklearen Kurzstreckenraketen zu verschrotten, statt sie zu modernisieren. Überdies ist Europa schon jetzt reif für ein Sicherheitssystem, das die bisher gegnerischen Militärpakete überwölbt und Kriege im alten Kontinent künftig unmöglich macht.

Übrigens: Bush und Hussein könnten dem Friedenspapier entnehmen, daß ein militärischer Zusammenstoß am Golf die Nr. 55 auf der Liste gegenwärtiger Kriege wäre. Klaus Lefringhausen